

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
20. Juni 1910

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Dem Verdienst seine Krone. — Der erste russische Kongress zur Bekämpfung der Prostitution. Von Peter Ljubin, Moskau. — Arbeiterinnenelend im Thüringer Wald. Von B. — Erinnerungen eines jungen Dienstmädchens. Von E. Doermann. (Schluß.) — Vom Spinnen und Weben in alter Zeit. I. Von H. Fädel. — Aus Mansfelds Ehrentagen. Von G. B. — Aus der Bewegung: Stellungnahme der Genossinnen des westlichen Westfalens zur Frauenkonferenz. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Aus Mansfeld. — Zur Richtigsstellung. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizenteil: Dienstoffenerfrage. — Gesundheitliche Gefahren gewerblicher Frauenarbeit. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauensimmrecht. Verschiedenes.

Dem Verdienst seine Krone.

Es gibt bei den Ministern und den bürgerlichen Parteien noch Verständnis für wahre Notlagen. Das ist die tröstliche Erkenntnis, die sich angesichts der Erhöhung der Zivilliste, welche der König von Preußen bezieht, wenigstens — den amtierenden Monarchen aufdrängen muß, die, ach! so bedürftig sind. In der Tat: Über Nacht hat eine hohe preussische Staatsregierung den schreienden Notstand der regierenden Hohenzollernfamilie ermittelt und nachgewiesen. Mit der Geschwindigkeit des Hexeneinmaleins haben die Gesetzgeber im Hause des Bundesratswahlrechts die Rechnung nachgeprüft, für richtig befunden und beglichen, eine nachahmenswerte Beherzigung des Grundsatzes betätigend, daß doppelt gibt, wer schnell gibt. Einzig und allein die sozialdemokratischen Abgeordneten waren hartherzig genug, durch ihr mißtönendes Nein die Harmonie der einsichtreichen Notlindernden zu stören. Diesen „Hexern“, die nicht gelten lassen wollen, daß unten an der sozialen Stufenleiter der „wahren Reichthum“ bei 900 Mk. Jahreseinkommen und weniger mit Bedürfnislosigkeit, Zufriedenheit und Frömmigkeit beginnt, mangelt natürlich auch das Verständnis dafür, daß oben die „echte Bedürftigkeit“ bei einem Jahresgehalt von rund 15700000 Mk. mit den Verpflichtungen des höfischen Um und Auf zu finden ist. So verschlossen sich „die Kerls“ der Wucht der Gründe, dieses Gehalt um 3 1/2 Millionen alljährlich aufzubessern, Gründe, für welche die Vertreter von „Besitz und Bildung“ ein so feines Gehör wie mitsühndes Herz befundeten.

Tiefer, leidenschaftlicher Zorn muß die vielen Millionen Habenichtse und wenig Bemittelten schütteln, wenn sie des Vorganges gedenken und die Dreistigkeit der Fordernden wie die Gewissenlosigkeit und Bedientenhaftigkeit der Bewilligenden unbefangen werten. Würden die Ausgaben des preussischen Staates nicht um die 3 1/2 Millionen in einer Zeit gesteigert, wo die Nachwirkung der Krise und die unausbleiblichen Folgen des Zoll- und Steuerwuchers die Pein der Ausgebeuteten verschärfen und die bittersten Entbehrungen zum tagtäglichen Lose von Hunderttausenden machen; wo der nackte Hunger ein ständiger Gast in den Familien der Tabak- und Zündhölzchenarbeiter ist, denen die räuberische „Finanzreform“ das Brot entrispen oder geschmälert hat; wo es an den Mitteln fehlt, das Elend

bettelnder Kriegsveteranen zu mildern, von anderen Aufgaben der Kultur und Menschlichkeit zu schweigen? Und sind es nicht die Steuerzahler bis zu den armen Teufeln herab, die die Klasse füllen müssen, aus welcher der Krone der neue Millionensegel zufließt? Angesichts dieser Tatsachen allein schon versagen alle gequälten Versuche der Geheimräte und ihrer freiwilligen wie unfreiwilligen Helfershelfer, die Erhöhung der Zivilliste auf rund 19 Millionen zu rechtfertigen. Bloße Verlegenheitsphrasen erscheinen die Gründe, die dafür von Leuten angeführt worden sind, die jeden Pfennig Lohnaufbesserung für die Arbeiter und Arbeiterinnen, jeden Deut Aufwendung für die sozialen Reformen als den Ruin des deutschen Wirtschaftslebens mit zäher Tücke unter Gebrauch und Mißbrauch aller Machtmittel bekämpfen.

Die bedeutende Teuerung der Lebenshaltung soll die Liebesgabe von 3 1/2 Millionen jährlich an eine Familie mit vielfachem Millioneneinkommen zu einer Tat sozialer Billigkeit erhoben haben. Reden wir ein wenig von dieser Teuerung! Lastet sie nicht verheerend, aushungernd auf dem leiblichen und geistigen Bedarf der Massen, die mit Hand und Hirn für ihre Existenz fronen müssen? Wird sie nicht von jeder Arbeiterfrau empfunden, die mit 15 Mk. wöchentlichen Haushaltungsgeldes eine Familie von fünf Köpfen und mehr speisen und kleiden soll; von jeder Arbeiterin, die mit einem Wochenlohn von 12 Mk. ihre gesamten Bedürfnisse zu bestreiten gezwungen ist? An die Front, ihr Herren Befürworter des Ausgleichs zwischen Teuerungspreisen und Einkommen, wenn Proletarier in opferreichen Kämpfen Hungerlöhne abwehren wollen! Auch ohne die Erhöhung der Zivilliste brauchte die königliche Familie der Hohenzollern nicht davor zu zittern, daß den Teuerungspreisen das Gespenst des Bankrotts auf dem Fuße folgen würde. Außer der Kronotation verfügt sie über ein ungeheures Privatvermögen, und da der König von Preußen einer der größten Grundbesitzer seines Landes ist, so hat der Zoll- und Steuerwucher in seine Privatschatulle ebenfalls einen steigenden Goldstrom geleitet. Genosse Singer verwies 1901 im Reichstag darauf, daß die geforderte Zollerhöhung auf Getreide die Einnahmen des Kaisers, der keinen Brotwucher wolle, um etwa 680400 Mk. im Jahre steigern werde. Bürgerliche Blätter haben das Privateinkommen aus den riesigen Kronkultern auf 8 Millionen Mark im Jahre geschätzt. Sogar wenn es mit der kaum glaublichen Abwärtskorrektur dieser Summe auf 1700000 Mk. seine Richtigkeit hätte — Minister v. Rheinbaben gab sie um den Preis des sozialdemokratischen Vorwurfs einer unerhörten Mißwirtschaft in den Kauf —, wären die Jahreseinnahmen der regierenden Hohenzollern mehr als ausreichend, die Teuerungsperiode zu überstehen, ohne daß etwa die fürstlichen Frauen und Kinder zu konkurrierendem Mitverdienst gezwungen würden. Zumal — auch das Organ der rheinisch-westfälischen Kapitalmagnaten gibt das zu — wenn die Krone ein wenig von jener Sparsamkeit üben wollte, die ihre Minister, auf deutsch Handlanger, gelegentlich so eindringlich den Proletariern predigen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die königliche Hofhaltung Unsummen verschlingt, die das übliche

Maß fürstlichen Aufwandes bei weitem übersteigen. Da ist ein Meer von standesgemäß müßiggehenden Schranzen und Lakaien, da sind die verschwenderischen Reisen und Feste, die luxuriösen Jachten und Salonzüge, die kostspieligen marmornen Puppenalleen usw.

Von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, hat die bürgerliche Presse in dieser Beziehung kaum auf das Hinzudeuten gewagt, was sich die Spiekbürger „einerseits“ bewundernd, „andererseits“ empört am Stammtisch zuzulüfteln. Die bürgerlichen Politiker aber haben sich gar gestellt, als ob sie mit dem ersten besten Rheinbaben zusammen von dem Notstand erschüttert wären, der der königlichen Familie daraus erwächst, daß zahlreiche Prinzen und Prinzessinnen verheiratet, ausgestattet und mit Apanagen versehen werden müssen. Wie leicht und schnell pflegen die Herren nicht die Familienorgen der Arbeiter und kleinen Leute mit einem hochmütigen Achselzucken und dem Rate zahlungsfähiger Moral abzutun: „Schafft euch keine Kinder an, wenn ihr sie nicht erhalten könnt!“ Ihrer Meinung nach kann Preußen offenbar weit weniger einige Duzend repräsentierender Hohenzollernsprößlinge als Hunderttausende werthschaffender Arbeiter und Arbeiterinnen entbehren.

Allerdings hatten die Fasager zur Millionenzuwendung an die Krone außer deren Bedürftigkeit noch zwei Argumente in ihrem Saek. Mit den 3 1/2 Millionen, so versichern sie treuherzig, solle die Krone für den Edelmut entschädigt werden, mit dem sie 1820 die Domänen und Forsten gegen eine feste Jahresrente von 2 1/2 Millionen Taler an den Staat abgetreten habe. Da seit her der Wert der Domänen und Forsten und ihre Einkünfte gewaltig gestiegen seien, gelte es, durch Erhöhung dieser Rente eine Pflicht der Gerechtigkeit gegen die königliche Familie zu erfüllen. Diese Logik hat wie die besungene Selbstlosigkeit der Krone ein Loch, und obendrein ein großes. Davon abgesehen, daß die ausbedungene Rente bereits zweimal erhöht worden ist, hat die preussische Krone 1820 dem Staat nur gegeben, was des Staates war, und sich für dieses recht billige Opfer „eine feste Vorzugsrente“ gesichert, um mit der „Bosfischen Zeitung“ zu reden. Wie wär's außerdem, wenn die Bewilligungsfanatiker die Konsequenzen ihrer Auffassung ziehen und allgemein recht sein lassen wollten, was einem Königsgeschlecht billig sein soll! Hunderttausende von Bauern, von Proletariern hätten dann dem gestiegenen Werte des Grund und Bodens entsprechend Rechtsanspruch auf eine Entschädigung für den Besitz, der ihnen oder ihren Vorfahren von Junkern und Spekulanten einst billig abgefuggert worden ist.

Eine Seifenblase ist die Berufung auf die notwendigen großen Aufwendungen der Krone für die Hoftheater von Berlin, Hannover, Kassel und Wiesbaden. Sie soll die künstlerische, kulturelle Berechtigung der Liebesgabe erglänzen lassen, zerplatzt aber in der rauhen Luft der Wirklichkeit. Solange die Hoftheater im Zeichen Lauffischen dramatisierten Byzantinismus und leerer szenischer Prunkstücke stehen; solange sie durch die Eintrittspreise den Massen verschlossen bleiben: sind sie nicht Pflegestätten nationaler Kultur, die besondere Unterstützung auf Kosten der Gesamtheit beanspruchen können. Sie sind Institute für die Zerstreuung der oberen Zehntausend und mögen von diesen erhalten werden. Die Einkünfte des preussischen Königshauses hätten überdies auch ohne die Erhöhung der Zivilliste dem Monarchen erlaubt, sein bekanntes leidenschaftliches Interesse für die Kunst, wie er sie versteht, ausgiebig zu betätigen.

Die Forderung der Regierung hat das gesteigerte Machtbewußtsein zum Ausdruck gebracht, das ihr, das dem persönlichen Regiment aus dem Verfall des Liberalismus erwachsen ist, wie ihn der Kampf um das preussische Wahlrecht deutlich offenbarte. Die Bewilligung quittierte darüber, daß der greisenhafte Liberalismus bis zum „unentwegten“ Fortschritt richtig eingeschätzt worden ist. Noch im Jahre 1898 hat Eugen Richter mit acht freisinnigen Abgeordneten gegen die damals beantragte Erhöhung der Krondotation gestimmt. Jetzt ist auch nicht eine einzige fortschrittliche Stimme gegen die Liebesgabe gefallen, und nicht einmal der „linkste“ Fortschrittler hat einschneidende sachliche Kritik an ihr geübt. Parallel zu seinem Verhalten

gegen den Militarismus hat sogar der äußerste Flügel des Liberalismus seine Stellung zur Monarchie nach rückwärts revidiert und sich vom schwarzrotgoldenen Republikanismus zum schwarzweißen Byzantinismus durchgemauert. Hier wie da die gleiche Rückzugsstrategie. Zuerst die Einstellung des grundsätzlichen Kampfes und die Verschonung der „allergetreuesten“ Opposition hinter die Zweckmäßigkeitsgründe der Sparsamkeit, mit ihren Entscheidungen von Fall zu Fall, wie sie der Kleinbürger liebt, der über die Verschwendung der Mächtigen gern wettet, aber noch lieber den Titel als Hoflieferant nimmt. Dann die Räumung auch dieser Position und der Übertritt mit fliegenden Fahnen in das Lager des Großkapitalismus, der heute des Militarismus so wenig entraten kann wie des starken Regiments, das in Deutschland die Monarchie allein noch zu verbürgen scheint. Neben der starken Faust aber bedürfen die herrschenden Klassen auch des kostspieligen höfischen Pomps. Je ohnmächtiger sie werden, in der stickigen, mit Verfallsprodukten geschwängerten Luft ihrer Klassenherrschaft eine großzügige Kunst, eine menscheitsumfassende Kultur zu entwickeln, um so stärker wächst ihr Drang, sich und den Ausgebeuteten vorzutäuschen, daß der höfische Eynus Kultur, daß die Amusements des Gottesgnadentums Lebensäußerungen der Kunst seien. Die sauertröpfische kleinbürgerliche Sparsamkeit hält um so weniger stand, als es die frohendenden Massen sind, die mit ihrer Arbeit die Kostenrechnung begleichen müssen. Die Losung der bürgerlichen Parteien wird immer mehr: dem Verdienst seine Krone.

Die Sozialdemokratie wird den Zusammenhang der Dinge den Massen mit allem Nachdruck zum Bewußtsein bringen. Sie muß die schneidigen Waffen, die ihre Feinde selbst ihr zum Kampfe gegen das persönliche Regiment, gegen die Monarchie in die Hand drücken. Ohne irgendwie nach bürgerlichem Muster die republikanische Staatsform zu überschätzen, lehrt sie das Proletariat, sie in ihrer Bedeutung für den Austrag der Klassengegensätze zu würdigen. So bereitet sie die Stunde vor, in welcher der zielklare stahlharte Wille der Arbeiterklasse allen politischen Urväterhausrat in die historische Rumpfkammer fegen wird.

Der erste russische Kongreß zur Bekämpfung der Prostitution.

In Rußland wird bekanntlich Konstitution gespielt. Der Zarismus muß sich also — ob er will oder nicht — einige dekorative „Freiheiten“ gefallen lassen, in gewissen Grenzen natürlich. Die hohe Polizei sorgt dafür, daß diese Grenzen nicht überschritten werden. In ihre „Obhut“ sind alle „Freiheiten“ gegeben; sie allein vermag zu entscheiden, was „konstitutionell“ zulässig oder unzulässig ist, und im geeigneten Moment greift sie mit ihrer Allmacht ein, um die „Zügellosen“ in die Schranken zu weisen. Das ist auf dem Kongreß zur Bekämpfung des Alkoholismus geschehen, der von der Polizei am zweiten Tage geschlossen wurde; das hat sich — wenn auch in etwas milderer Art — auf dem Kongreß zur Bekämpfung der Prostitution erneuert, der in Petersburg getagt hat.

Dieser Kongreß ist, wie die Leserinnen der „Gleichheit“ bereits wissen, von der Gesellschaft zur Bekämpfung der Prostitution einberufen worden, der hohe und höchste Herrschaften angehören. Ihre Vorsitzende ist die Prinzessin Helena Georgiewna von Sachsen-Altenburg. Diese Fürstin eröffnete den Kongreß, und die Delegierten mußten ihre Begrüßungsrede stehend anhören. Der Direktor der Gefängnisse, Borowitinoß, ist zweiter Vorsitzender der Gesellschaft; er präsiidierte der Tagung, an der auch Vertreter der Wissenschaft und einige Duma-abgeordnete als Delegierte teilnahmen; die organisierte Arbeiterschaft hatte ebenfalls Vertreter entsendet. Dekorativ war also alles aufs schönste bestellt: der hohe Adel, die Wissenschaft, die Regierungsweisheit, die Gesetzgeber und das „Volk“ waren in rührender „Einigkeit“ beieinander. Inwieweit in der erlauchten Gesellschaft das „Volk“ zum Worte kommen durfte — an Rede-

freiheit war von vornherein nicht zu denken — haben die Sitzungen bewiesen.

Der Kongreß wurde mit großer Feierlichkeit und dem üblichen Gottesdienst eröffnet. Der zweite Vorsitzende der Gesellschaft schloß seinen Bericht über deren zehnjährige Tätigkeit mit dem Ausdruck der Hoffnung, der Kongreß werde dazu beitragen, die Delegierten, die den verschiedensten Volksschichten und Klassen entstammten, trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten auf dem Boden der praktischen Bekämpfung des sozialen Übels — der Prostitution — zusammenzuführen. Der Dumaabgeordnete v. Anrep, ein Oktobrist, das heißt ein gemäßigter Konstitutioneller, um nicht zu sagen ein Reaktionär, mußte sich in seiner längeren Rede zu diesem Eingeständnis bequemen: „Die Prostitution wurzelt in den elenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen Rußlands, und mit der Beseitigung der elenden Zustände werden wir auch die geeigneten Mittel und Wege zur Bekämpfung der Prostitution finden. Diese Mittel sind die nämlichen, die zur Bekämpfung der ungeheuren Sterblichkeit, des Alkoholismus und derartiger Elendserscheinungen notwendig werden, deren Ursachen Armut, Hunger und Not sind. Als solche Mittel kommen in Betracht: ausgedehnteste Volksbildung, Hebung der wirtschaftlichen Kräfte der Bevölkerung, Hebung der materiellen und rechtlichen Lage der Arbeiter, Gewährung der Koalitions- und Organisationsrechte für die Gewerkschaften und ihre Unterstützung seitens der Regierung, schließlich die Gleichberechtigung der Frau. Die Aufgabe des Kongresses ist nicht nur, die Ursachen der Prostitution zu ergründen, sondern auch die Mittel zu ihrer Bekämpfung zu finden.“

Der Radikalismus dieser Worte ist nicht sehr bewundernswürdig. Je härter die politische Reaktion einer Epoche lastet, um so radikaler werden selbst weit rechtsstehende Parteien. Die Tatsache ist bekannt. Abrißens ist solcher Wortradikalismus billig, denn er hat mit dem echten Radikalismus der Tat sehr wenig zu tun. Immerhin muß es verzeichnet werden, daß die Oktobristen, die Partei der Großindustriellen, nicht abgeneigt sind, den Gewerkschaften gewisse Freiheiten und Rechte mit „Unterstützung seitens der Regierung“ und selbstredend unter polizeilicher Aufsicht zu gewähren. Die Revolution ist nicht vergeblich durch Rußland geschritten.

Der Delegierte der Moskauer Arbeiter, Genosse Pawloff, wies in seiner kurzen Begrüßungsrede darauf hin, daß die herrschende Willkür der Polizei, die brutale Unterdrückung der Gewerkschaftsorganisationen, besonders aber die Verfolgung der proletarischen Delegierten des Kongresses zur Bekämpfung des Alkoholismus es verhindert hätten, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in gebührender Stärke vertreten seien. Die Moskauer Arbeiterorganisation habe trotzdem beschlossen, fünf Delegierte zum Kongreß zu entsenden, obgleich sie keinerlei Garantie dafür habe, daß diese nicht wie die Arbeitervertreter auf dem Antialkoholkongreß verhaftet und gemahregelt würden. „Die Vertreter der Arbeiter sind hierher gekommen“ — so schloß Genosse Pawloff seine Rede — „nicht in der Hoffnung, die Prostitution zu beseitigen, nicht um Mittel zur Heilung dieses sozialen Übels zu finden: das ist angesichts der jetzigen politischen Situation undenkbar. Sie sind gekommen, um die tiefen sozialen Wurzeln der Prostitution aufzuzeigen, die Ursachen der Prostitution zu beleuchten. Diese Ursachen liegen in dem wirtschaftlichen Elend und der politischen Rechtlosigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, und sie können nur mit der Aufhebung der kapitalistischen Klassenherrschaft verschwinden.“

Wären andere Arbeiterorganisationen, selbst die Petersburger, verhindert gewesen, ihre Vertreter zu entsenden, so kamen die organisierten Moskauer Proletarier dafür gerüstet zum Kongreß. Sie hatten mehrere Enqueten über die Lage der Arbeiterinnen, über die Verbreitung der Prostitution unter ihnen, über die Ursachen des Übels usw. usw. veranstaltet. Diese Erhebungen hatten sehr wertvolles Material ergeben, dessen vollständige Bearbeitung später erfolgen soll. Vor dem Kongreß konnte es nur im allgemeinen geprüft und verarbeitet werden, und es diente als Grundlage für fünf Reserate, welche die Lage der Fabrikarbeiterinnen, die Frage der Entlohnung der weib-

lichen Arbeitskraft im Zusammenhang mit der Prostitution usw. scharf beleuchteten. Mehr als 17000 Fragebogen sind allein unter den Moskauer Arbeiterinnen verteilt und eingeholt worden. Die Fragebogen enthalten besonders interessante Antworten über die Rolle, welche das Verwaltungspersonal der Fabriken bei dem Abstieg von Arbeiterinnen in die Prostitution spielt. Die niederen Beamten der Betriebe nützen am schändlichsten und gewissenlosesten ihre Machtstellung aus, um junge Arbeiterinnen zu zwingen, ihren schmutzigen Gelüsten zu willfahren. Die Zahl der auf diese Weise in die Arme des Lasters Getriebenen ist ungeheuer groß. Auch die Wohnungsfrage, das beweisen die Enqueten, ist von erheblichem Einfluß auf die Ausdehnung der Prostitution. In manchen Fabriken sind die Wohnungen, das heißt die sogenannten „Fabrikkasernen“, so eingerichtet, daß ein einziger enger gemeinsamer Raum Männer und Frauen herbergt, eine Trennung nach Geschlechtern ist unmöglich. Die Moskauer Arbeiterdelegierten hatten beschlossen, auf dem Kongreß gegen die Reglementation der Prostitution zu sprechen und zu stimmen. Dem Antrag einiger Petersburger Arbeiter, anstatt der Reglementation die Versicherung der Prostituierten für Erkrankungsfälle einzuführen, pflichteten sie nicht bei.

Am Schlusse des ersten Sitzungstages sprach Professor Bechtereff über Enthaltensamkeit und Geschlechtskrankheiten. Er führte einige sehr interessante Zahlen an: In Petersburg befinden sich unter den 1400000 Einwohnern gegen 50000 Prostituierte und etwa 500000 Männer, die von ihnen Geschlechtsgeißel kaufen. 86,5 Prozent der Männer, die an venerischen Krankheiten leiden, sind durch Prostituierte angesteckt worden. 25 Prozent solcher Kranken gehören der Studentenschaft, 23 Prozent dem Militär und 13 Prozent den Schülern der Mittelschulen, das heißt Gymnasien usw. an. 35 Prozent aller Schulkinder sind dem Dyanismus verfallen. „Um solch ungeheures Übel, das den besten Teil unserer Gesellschaft — die Jugend — zu vernichten droht, aus dem Wege zu schaffen, muß unsere ganze heutige Gesellschaft umgebaut werden. Die Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern ist die erste und notwendigste Bedingung dazu!“ Mit diesen Worten schloß der Gelehrte unter stürmischem Beifall seine Rede.

Wie es leicht vorauszu sehen war, ist der Kongreß nicht ganz ohne Zwischenfälle und Zusammenstöße mit der Polizei verlaufen. Früher oder später mußten die offiziellen und inoffiziellen Vertreter der Regierung wie auch die Anhänger der regierungstreuen Parteien ihre Maske des Liberalismus ablegen. Die einen wie die anderen sind aus der Rolle gefallen, sobald die Vertreter des Proletariats zum Worte kamen. Der Arbeiterdelegierte Genosse Pawloff schilderte in seinem Vortrag über die Lage der Arbeiterinnen in den Druckereien das entsetzliche Elend der Proletarierinnen, die durch Hungerlöhne, brutale, zynische Behandlung und menschenunwürdige Lebensbedingungen zur Prostitution als ständigem Nebenerwerb gezwungen werden. Er kam zu dem Schlusse, die Prostitution sei eine ökonomisch-soziale Erscheinung, deshalb könne nur eine radikale wirtschaftliche Umgestaltung der herrschenden Gesellschaftsordnung sie beseitigen, und der Weg zu ihrer Bekämpfung beziehungsweise Milderung liege in der Richtung einer solchen Umgestaltung. In der Diskussion entwickelte der Delegierte Becker-Moskau denselben Gedanken und betonte: Eine wirksame Arbeiterschutzesgebung sei das erfolgreichste Mittel zur Eindämmung der Prostitution, eine internationale Vereinigung aller Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen könne die beste Bürgschaft für die Durchführung einer solchen Gesetzesgebung bieten. Daraufhin erhob sich der Vizeminister des Polizeidepartements, Welckly, der — nebenbei bemerkt — inoffiziell anwesend und als Privatmann und Kongreßdelegierter ausgezeichnet war. Er erklärte: Der Redner besaße sich mit „Politik“, und das sei nicht erlaubt. . . . Trotzdem wurde eine Resolution eingebracht, welche den Wunsch aussprach, die Arbeiterschutzesgebung möchten streng durchgeführt werden und nicht bloß auf dem Papier stehen bleiben; vor allem aber solle die Fabrikinspektion zu einer selbständigen Institution werden, die keine polizeilichen Liebesdienste zu leisten habe. Diese Resolution wurde in einer

folgenden Sitzung debattiert. Als der Arbeiterdelegierte Pawloff sie verlas, unterbrach ihn der Polizeikommissar bei den Worten: „die keine polizeilichen Liebesdienste zu leisten habe“ und erklärte, daß diese nicht zur Tagesordnung. Der Vorsitzende v. Anrep erwiderte darauf, daß es Sache des Vorsitzenden sei, zu entscheiden, was zur Tagesordnung gehöre, und bat den Redner, fortzufahren. Der Polizeikommissar unterbrach Pawloff von neuem, als dieser von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller gewerkschaftlichen Organisationen sprach. Der Vertreter der Obrigkeit betonte, daß er sein Eingreifen als eine zweite Mahnung betrachte und bei einem dritten Abschweifen von der Tagesordnung die Versammlung schließen werde. Diesmal ging der Heldenmut des Vorsitzenden flöten. Er ersuchte den Redner um Vorsicht. Der erste Absatz der Resolution Pawloff wurde einstimmig unter stürmischem Beifall angenommen. Nun aber mischte sich der Vorsitzende ein und lehnte es ab, den zweiten Absatz — über die internationale Gewerkschaftsvereinigung — zur Abstimmung zu bringen, das aber unter dem Vorwand, er behandle eine politische Frage. Als Genosse Pawloff im Namen der Moskauer Delegierten dagegen protestierte, wies ihn v. Anrep schroff mit den Worten zurück: „Proteste sind hier unzulässig!“ ... Sein Verhalten ist der beste Beweis dafür, wie kraft- und wertlos das liberale und radikale Gerede der bürgerlichen Politiker ist, und wie süßsam und duckmäufig sie der Polizei gegenüber sind.

Am nächsten Tage wurde die Sitzung der ersten Sektion vom Polizeikommissar geschlossen. Das kam so. Die Arbeiterin Zwanoff-Moskau hatte hier einen Bericht erstattet über die Prostitution als Folge der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterinnen. Im Anschluß daran wurde eine Resolution eingebracht und diskutiert, worin unter anderem auf die Resolution Pawloff über den internationalen Zusammenschluß der Gewerkschaften Bezug genommen war. Der Polizeikommissar erklärte es für unzulässig, die Resolution Pawloff in den Kreis der Erörterung zu ziehen. Der nächste Redner schloß seine Befürwortung der Resolution Zwanoff mit den Worten: „Nur wenn Zustände geschaffen werden, von denen zu sprechen man uns eben verboten hat...“ Der Polizeikommissar unterbrach ihn und erteilte einen zweiten Ordnungsruf. Die Vorsitzende Frau Tirkowa wandte sich an die Tagenden mit der Bitte, den „physischen Verhältnissen selbst Rechnung zu tragen, unter denen die Sitzung stattfindet, da sie doch nicht die Funktionen der polizeilichen Zensur übernehmen könne“. Der Polizeikommissar fühlte sich durch diese Worte getroffen und erklärte, er sei nicht Vertreter der „physischen Macht“, sondern des Gesetzes, auf Grund dessen er die Sitzung schliesse.

Als Finale dieses Spiels stand die Verhaftung einiger sozialdemokratischer Teilnehmer des Kongresses bevor, die bald nach deren Rückkehr nach Moskau erfolgen sollte. Vorläufig ist es jedoch noch nicht zu ihr gekommen. Im allgemeinen war die Beteiligung unserer Moskauer Parteigenossen am Kongreß eine erfolgreiche. Ihr Einfluß auf die ganze Tagung war sehr groß: alle von den Vertretern des Proletariats beantragten Resolutionen gelangten zur Annahme, soweit es die Polizei nicht verhinderte. Nach dem Zeugnis der bürgerlichen Presse war der Eindruck ihrer Reden und Referate ein starker. Sie wurden mit gespannter Aufmerksamkeit angehört, denn die sprachen, waren „echte Proletarierinnen“, wie ein bürgerlicher Zeitungsbericht schreibt, und nicht wie sonst Vertreter des Proletariats aus den Kreisen der Intellektuellen. Man fühlte es: diese Leute stehen mitten im Fabrikleben; sie haben die Notlage und die ungeheuerlichen Zustände am eigenen Leibe erfahren, als lebendige Zeugen berichteten sie darüber in schlichten, eindrucksvollen Worten. Besonders starken Eindruck machte auch eine Bittschrift, die von 163 Prostituierten an den Kongreß gerichtet wurde. Wir lassen dies höchst interessante „menschliche Dokument“ in seinem Wortlaut folgen:

„Bei dem Kongreß zur Bekämpfung des Frauenhandels, einberufen vom Verein zur Beschützung der Frauen, reichen Frauen, die der Prostitution nachgehen, diese Bittschrift ein.

Wir haben aus den Zeitungen erfahren, daß am 21. April

eine allrussische Tagung zur Bekämpfung des Frauenhandels eröffnet wird, auf der mehrere Fragen behandelt werden sollen, die mit unserem unglückseligen Leben zusammenhängen. Daher wenden wir uns an die Teilnehmer der hohen Zusammenkunft mit der Bitte, unserer unmenschlichen Lage ihre Beachtung zu schenken.

Die meisten von uns verfallen der Prostitution in der frühesten Jugend, wenn sie noch völlig gesund und mit keiner Geschlechtskrankheit behaftet sind, von denen die schrecklichste für uns wie für andere die Syphilis ist. Und doch verfallen wir alleamt binnen kürzester Frist gerade diesem fluchwürdigen Leiden. Das ist nicht unsere Schuld, es ist die Folge davon, daß jeder Mann zu uns Zutritt hat, wenngleich die meisten unserer Besucher Syphilitiker sind, die ärztlich zu untersuchen niemandem einfällt. Von uns wird Gesundheit gefordert, wir sind verpflichtet, uns jeden Tag der sanitäts-ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen. Für jede kleinste blutige Beule, die wir durch Faustschläge und Prüfte seitens unserer Besucher erhalten, werden wir ins Krankenhaus geworfen. Weshalb fordert man nicht die gleiche Untersuchung von unseren Besuchern? Ihnen erlaubt man ungehindert und straflos, uns mit der schrecklichsten Krankheit anzustecken und uns für die Zukunft zu unglücklichen Krüppeln zu machen, die jeder verabscheut, vor denen jeder mit Entsetzen das Gesicht abwendet. Unsere Besucher sind doch keine kleinen Kinder, sie sollten verstehen, daß sie kein Recht haben, ansteckende Krankheiten, die Syphilis zu übertragen, wenn auch nur auf die gefallenen Mädchen. Wir sind ebenfogut Menschen wie die anderen, und die Gesundheit ist uns ebenso unentbehrlich wie ihnen, das Alter ist uns auch ohnedies schwer genug.

Wir wagen es nicht, noch länger den geehrten Kongreß zu belästigen und bitten ergebenst, über diese Frage zu beraten und dafür einzutreten, daß man künftig zu den gesunden Mädchen unter uns keine kranken Besucher mehr zuläßt; von den Männern muß ebenso wie von uns Gesundheit gefordert werden. Sie sind doch nicht besser als wir, wenn sie an der nämlichen Sache wie wir beteiligt sind. Wir bitten ergebenst, unserer Bitte Gehör zu schenken und unsere Bittschrift auf dem Kongresse zu verlesen, vielleicht finden sich gute Leute, die unsere Lage begreifen. Ungerecht ist es, daß man alles nur von der einen Seite fordert, das heißt von uns. Wir bitten inständig, sich unserer aller, die wir Unglückliche sind, anzunehmen.“ (Es folgen 163 Unterschriften.)

Bemerkenswert ist es, daß es unter denen, die sich mit der Frage der Schutz- und Abwehrmittel gegen die venerischen Seuchen beschäftigten, niemand eingefallen war, die selbstverständlichste Maßregel zu nennen, auf welche die unglückseligen Geschöpfe hinwiesen; diese waren die ersten, die den Kongreß darauf aufmerksam machten. Im übrigen bedarf das mitgeteilte menschliche Dokument keines Kommentars.

Peter Ljubin, Moskau.

Arbeiterinnenelend im Thüringer Wald.

2. Aus dem Schwarzburg-Sondershäuser Gebiet.

Der letzte Bericht des Parteivorstandes zeigte die erfreuliche Tatsache, daß die Zahl der politisch organisierten Frauen im letzten Tätigkeitsjahr ganz enorm gestiegen ist. Auch in den kleinen Thüringer Raubstaaten ist es in dieser Beziehung besser geworden, mit — Ausnahme von Schwarzburg-Sondershausen. Dort gehörten unserer Parteiorganisation keine weiblichen Mitglieder an; auch nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes war es beim alten geblieben. Und doch mangelt es in diesem Schwarzburger Ländle — es gibt deren nämlich zwei: Sondershausen und Rudolstadt — nicht an Arbeiterinnenelend.

Das ganze Schwarzburg-Sondershausen hat etwa über 85 000 Einwohner. Es ist räumlich getrennt in die Ober- und die Unterherrschaft. Die Unterherrschaft mit der „Hauptresidenz“ Sondershausen zählt etwa über 40 000 Einwohner. Das Gebiet liegt zwischen den nördlichsten Ausläufern des Thüringer Waldes, dem Kyffhäuser und dem Harz. Es ist eine der industriearmsten Gegenden des Thüringer Landes. Die gewerkschaftliche sowohl wie die

politische Organisation hat hier mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nur in ganz vereinzelt Fällen gelang es bisher, in dieser Gegend Fuß zu fassen. Ganz anders liegen die Verhältnisse in der sogenannten Oberherrschaft. Das Waldstädtchen Gehren sowie Arnstadt gelten als Residenzen. Über 45 000 Einwohner, von denen der größte Teil in den verschiedensten Industriezweigen tätig ist, wohnen in der Oberherrschaft. Auch sie ist in zwei Teile zerstückelt; der eine davon zieht sich auf der Höhe des Thüringer Waldes hin, der andere liegt an dessen nordöstlichem Abhang.

Beide Teile der Oberherrschaft zählen zu den industriereichsten Bezirken Thüringens. Porzellan-, Glas-, Schuh-, Hand-, Schuh-, Spielwaren- und Textilindustrie wechseln bunt miteinander ab. Ein großer Teil der weiblichen Bevölkerung steckt in den Fabriken oder ist an der Heimarbeit stark beteiligt, die im Thüringer Wald noch weit verbreitet ist. In Arnstadt ist die Schuh- und Handschuhfabrikation vorherrschend, die eine größere Anzahl von Frauen und Mädchen beschäftigt. Sind hier die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schon für die männlichen Arbeiter miserabel, so trifft dies noch in erhöhtem Maße für die weiblichen Arbeitskräfte zu. Die Arbeiterinnen zeigen aber leider eine politische Rückständigkeit, die in schroffem Gegensatz zu ihrer wirtschaftlichen Lage steht.

Wenige Kilometer von Arnstadt liegt Plaue, ein kleiner Ort, in dem der Porzellankönig Schietrumpf mächtig ist. Aus dem Orte und der ganzen Umgegend wandern Männer und Frauen in die große Porzellanfabrik und schaffen hohe Profite. Die ausgedehnten Ländereien und das Vermögen der Familie Schietrumpf sind ein sprechender Beweis dafür, wie nutzbringend das Porzellanmachen für — eine Fabrikantenfamilie sein kann. Die Löhne der Arbeiterinnen sind auch hier ganz jämmerlich. Nichts Gutes ist von den Organisationsbestrebungen der proletarischen Frauen zu berichten.

In einem Tale zwischen den beiden Bahnlinien Plaue-Suhl und Plaue-Ilmenau liegt noch ein größerer Sondershäuser Ort: Geschwenda. In der weiten Umgegend sagt man kurzerhand: „Geschwend“. Die meisten der mehr als 2000 Einwohner sind Industriearbeiter, und doch befindet sich im Orte kein größeres industrielles Unternehmen. Ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen wandert alltäglich in frühesten Morgenstunden ein bis zwei Stunden weit, um in den Glas- und Porzellanfabriken anderer Orte tätig zu sein. Die Proletarier aber, deren Arbeitsstelle noch weiter entfernt liegt, ziehen am Montag in aller Frühe aus, in den Wintermonaten noch in dunkler Nacht, um erst am nächsten Sonnabend in später Abendstunde wieder heimzukommen. Dann bringen die Mädchen vier, fünf, sechs, wenn es hoch kommt auch acht bis neun Mark als Verdienst einer Arbeitswoche nach Hause. Trotz der Regsamkeit und des Fleißes seiner Einwohner ist „Geschwend“ als ein armer Ort weitem bekannt. Der höchste Steuerzahler im Orte, der junge Pfarrer, ist mit 1800 Mark Einkommen eingeschätzt. Angesichts der ärmlichen Verhältnisse in Geschwenda ist es erklärlich, daß bei den Gemeindevahlen, die nach dem preussischen Dreiklassenwahlsystem stattfinden, unsere Genossen auch die zweite Klasse beherrschen.

Wie elend die Einkommenverhältnisse des größeren Teiles der Einwohner sein müssen, läßt sich an den Hungerlöhnen in einem besonderen Zweige der Heimindustrie erkennen. Geschwenda ist einer der wenigen Orte, in denen das Blumenstäbchen noch in größerem Umfang betrieben wird. Es liefert jährlich noch mehr als ein paar hunderttausend Blumenstäbe, die mit der Hand geschnitten werden. Natürlich in engen Wohnstuben, statt in Werkstätten. Die Arbeit wird hauptsächlich von Frauen und Kindern verrichtet. Kleine Knirpse von sechs, sieben Jahren hantieren schon mit dem Schnitzmesser. Die Stäbe werden aus Fichten- oder Tannenholz hergestellt; jeder einzelne soll hübsch rund geschnitten und abgespitzt sein. Zu Bündeln zu 100 Stück werden die Stäbe abgeliefert. Das Holz müssen die Stäbchenschnitzer selbst kaufen. Für die fix und fertig gelieferten Blumenstäbchen, Arbeitslohn und Material zusammen, wird bezahlt für das Hundert: 30 Zentimeter lang 9 Pf., 40 Zentimeter lang 13 Pf., 50 Zentimeter lang 20 Pf., 60 Zentimeter lang 28 Pf., 70 Zentimeter lang 34 Pf., 75 Zentimeter lang 38 Pf., 90 Zentimeter lang 48 Pf., 100 Zentimeter lang 58 Pf. Was bei solchen Löhnen und den hohen Holzpreisen mit dieser Arbeit verdient wird, läßt sich denken. Der größte Teil der Blumenstäbe geht nach England. Die Aufkäufer machen dabei das beste Geschäft. Es kam des öfteren vor, daß sie das Geld zum Holzkauf vorstreckten. Hatte dann Kind und Regel in einer Familie wochenlang gearbeitet, oft noch mit Zuhilfenahme fremder Kinder — so konnten glücklich so viel Stäbchen geschnitten werden, daß der Lohn dafür gerade ausreichte, um das geliehene Geld aufrechnen zu lassen. Wochenlange Arbeit war also für die Abfallspäne ge-

leistet worden! Eine geringe Besserung ist in dieser Beziehung eingetreten, seitdem der Konsumverein den Vertrieb der Blumenstäbchen mit übernommen hat.

Nachdem man zwei bis drei Stunden gewandert ist und Ortschaften passiert hat, die zu Schwarzburg-Rudolstadt, Sachsen-Gotha und Sachsen-Weimar gehören, erreicht man den höher gelegenen Teil der Sondershäuser Oberherrschaft. Hier liegt zunächst Langewiesen mit seiner ausgebreiteten Porzellanindustrie. Aus der ganzen Umgegend wandern Männer und Frauen dorthin, dem Verdienst nach. Nebenbei blüht hier ein besonderer Zweig der Heimindustrie. Von Frauen und Schulmädchen werden Morgenschuhe gehäkelt, Applikationsarbeiten an Reifeneccessaires usw. ausgeführt. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Gehren. Dort werden in Heimarbeit Puppenbälge gestopft, eine Arbeit, mit der hauptsächlich Frauen und Kinder beschäftigt werden. Die dafür gezahlten Löhne sind so gering, daß die Arbeitsstunde in vielen Fällen oft nur mit 8 bis 10 Pf. bezahlt wird. In den hoch auf dem Waldgebiet gelegenen Orten Großbreitenbach und Altenfeld ist es hauptsächlich die Porzellan- und Glasindustrie, die alt und jung in den Fabriken und daheim beschäftigt. Überall spielt die Frauen- und Kinderarbeit eine große Rolle. — In Angstedt ist es eine große Weberei, in der die jungen Mädchen aus der weiten Umgegend frönen. In den oberen Räumen des Fabrikgebäudes befinden sich Schlafräume für eine große Anzahl der Arbeiterinnen, die nur Sonnabends nach Hause zurückkehren.

In vielen Orten der Oberherrschaft sind tagsüber nur wenige altersschwache Männer, deren Arbeitskraft verbraucht ist, Frauen und Kinder dahinc anzutreffen. Den Frauen liegt daher meist die Bearbeitung des kleinen Feldes ob, auf dem die Hauptnahrung der Waldbewohner, die Kartoffel, gebaut wird. Will man richtig verstehen, welche schwere Arbeitslast auf den Frauen lastet, so darf man das nicht vergessen. Wer es nicht mit eigenen Augen gesehen hat, wie sich die im schweren Kampfe ums Dasein früh alternden Frauen abmühen müssen, um dem kleinen Acker die Frucht abzugewinnen, die kaum den Hunger von der Familie wehrt, der kann es überhaupt nicht begreifen, wie es möglich ist, auf so hoch gelegenen Feldern noch etwas zu bauen. Die Düngung muß oft von den Frauen weite Wegstrecken auf dem Rücken herbeigetragen werden, wie sie ebenfalls den Bedarf an Reisig und Brennholz mühsam auf ihrem Rücken nach Hause zu schleppen gezwungen sind.

In den Sommermonaten, wenn sich der Fremdenstrom durch die lieblichen Täler und herrlichen Waldungen Thüringens ergießt, kann man oft hören, daß die honette Gesellschaft der Großstädte, daß die Frauen und Töchter der besitzenden Klasse es als ein Glück preisen, in solch gesunder, schöner Gegend zu leben. Und doch gleichen in dieser Gegend die meisten Frauen der Arbeiter schon in verhältnismäßig jungen Jahren welken Blumen. Die Lebensnot hat den Proletarierinnen schon frühzeitig ihre unverwischbaren Spuren eingegraben. Während die Schwere des Daseins den Kampf für bessere Lebensbedingungen predigt, stehen die meisten Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes der Arbeiterbewegung teilnahmslos gegenüber, die doch ihnen und den Jüngern lichtere Tage erringen will. Diese Teilnahmslosigkeit muß gebrochen werden. Ein großes Feld gilt es in dieser Gegend Thüringens zu bestellen, um die arbeitenden Frauen und Mädchen zu lassenberuhten Mitkämpferinnen zu gewinnen. Gelingt das, so rückt die Zeit näher, wo auch den Ausgebeuteten und Entbehrenden frohe Tage leuchten, wo auch ihnen endlich die Stunde der Befreiung von der Not des Leibes und des Geistes schlägt. Für eine sorgenlosere Gegenwart, für eine freie, schöne Zukunft kämpfen, heißt der Bevölkerung des Thüringer Waldgebietes ihre angeborene Lebenslust erhalten, die heute leider mehr und mehr durch Kummer und Elend, diese furchtbaren Kinder der kapitalistischen Fron, verdrängt wird.

Erinnerungen eines jungen Dienstmädchens.

Von C. Dockmann.

(Schluß.)

Aus der Magerkeit der Butterschnitte, die ich am ersten Morgen in meiner neuen Heimat bekommen hatte, schloß ich, daß die Butter recht teuer sei. Später überzeugte ich mich, daß das nicht der Fall war. Alle Montag und Donnerstag mußte ich von einem Stellenbesitzer, wie sich in der Gegend die Bauern nennen, ein Pfund Butter und eine Kanne Buttermilch holen. Das Pfund Butter kostete die Schwester Sommer und Winter 90 Pf., zwei Liter Buttermilch gab es umsonst. Für ein Liter Milch bezahlten alle Arbeiter

im Dorfe 12 Pf., die Schwester nur 10 Pf., und die Frau, bei der ich die Milch holte, sagte fast jedesmal, indem sie noch tüchtig zugab: „Nu, weil's für de Schwasta is, die is ja a so gutt zu alle Leuta, durch die warn vell Duckerlusten gesport, da kinn mer schunt a bissel zugahn.“ Ich sagte nie etwas zu diesem Lobe, das ich recht oft zu hören bekam, und dachte mir mein Teil. Die „Schwester“ ging gern zu den Stellenbesitzern, denn wurde dort ein Schwein geschlachtet oder Kuchen gebacken, so bekam sie ihren Teil, und der war nicht schlecht. Zur Kirnmeß erhielt sie acht Kuchen, vier Schweinefleisch, drei Pfund anderes Fleisch und drei Leberwürste. Zu ihrem Geburtstag, zu dem auch die Arbeiterfrauen von ihrem Wenigen noch beisteuerten, wurden ihr elf Topfblumen geschenkt, sechs Mandeln Eier, vier Servelatwürste, ein Schinken, ein großes Stück Speck, eine Wabe Honig, Obst und noch vieles andere. Von all diesen Sachen habe ich wenig, fast gar nichts erhalten. Die „Schwester“ verwahrte alles gut, und vieles davon muß verdorben sein. Doch zurück zu meinen Erlebnissen.

Am Morgen nach meinem Dienstantritt blieb die Schwester im Bette, bis ich ihr den Kaffee brachte. Dann wurde die Andacht gelesen, in die einige Sprüche aus der schönen Bergpredigt verflochten waren. So: Seid sanftmütig und von Herzen demütig, seid barmherzig und friedfertig. Unwillkürlich verglich ich diese Lehren mit dem Benehmen der Schwester und überhörte dabei, daß sie schon Amen gesagt hatte. „Na, an was denkst du denn, he!“ frug die Predigerin der Sanftmut. „An ganz was anderes, gelt?“ Ich wurde verlegen und sagte nein. „Lüge nicht,“ donnerte die Schwester mich jetzt an, „in meinem Hause dulde ich keine Lüge, verstehst du; sofort will ich wissen, an was du gedacht hast!“ „An zu Hause,“ brachte ich mühsam hervor. „So?“ sagte meine Herrin etwas milder, „daß kannst du so oft du willst, aber nicht wieder bei der Andacht.“

Das war der erste Auftritt zwischen uns an diesem Tage, der zweite sollte schlimmer werden. Eine ebenso dünne Frühstücksschnitte wie tags zuvor lag wieder auf dem Küchentisch. Ich dachte: „Ach was, du hast noch Hunger und kannst dir noch eine nehmen.“ Als ich gerade anfang zu essen, kam die Schwester in die Küche. Ein Blick auf meine Schnitte, ein anderer in die Brotbüchse! „Wer hat dir erlaubt, noch Brot zu nehmen?“ herrschte die Schwester mich an. „Ich hatte noch Hunger,“ flötete ich. „So, wenn du noch Hunger hast, dann hast du mich zu bitten, daß ich dir noch etwas gebe, und nichts selbst zu nehmen, verstanden? Wenn ich übrigens an einer Schnitte genug habe, kann sie dir auch genügen.“ Meine Herrin hatte mir mit hochrotem Kopfe, offensichtlich zornig erregt, diese Zurechtweisung gegeben. Als aber in demselben Augenblick die Frau Inspektor vom Dominium zur Haustür hereintrat, war sie wie umgewandelt. „Guten Morgen, meine liebe Frau Inspektor, ist das aber recht, daß Sie mich besuchen, kommen Sie, wir gehen in den Garten, ich muß zu den Kinderchen.“ Und zu mir gewandt, flötete sie mit der ausgesuchtesten Liebesswürdigkeit: „Annen, bringe doch bitte der Frau Inspektor einen Stuhl in den Garten.“ Solche Szenen habe ich noch oft erlebt. Sie ließen mir keinen Zweifel mehr über den wahren Charakter der Schwester. Was Wunder da, daß ich mich namenlos unglücklich fühlte und meinte, niemand sei so übel daran wie ich. Bald machte ich jedoch die Erfahrung, daß die meisten Leute auf dem Gute in keiner besseren Lage waren.

Als der Sonntag herankam, erschien der Wagen, den das Dominium der Schwester zur Kirchfahrt stellte. Ich mußte natürlich mit zum Gottesdienst. Mein Platz war auf dem Bock neben dem Kutscher. Diesem verdanke ich manchen Einblick in das Leben der Arbeiter des Dominiums. Der Mann war nur Sonntags Kutscher, in der Woche schaffte er als Pferddeknecht. Er war Vater von sieben Kindern und hatte einen Jahreslohn von 55 Talern sowie ein Deputat. Es bestand aus einem Stück Kartoffelfeld, täglich einem halben Liter Milch, wöchentlich einem Pfund Butter und einem bestimmten Jahresquantum Mehl, Hirse, Graupen und Brennmaterial. „Ja ja,“ sagte er, „Fleisch und Wurst wird bei uns klein geschriben, Kartoffeln aber groß. Immer wieder und wieder Kartoffeln muß es geben; wenn die ein Jahr schlecht geraten, dann wissen wir überhaupt nicht mehr, was wir anfangen sollen.“ Vor meinen Augen ging bei diesen Worten eine neue Welt auf. Wir waren zu Hause auch sieben Geschwister, der Vater verdiente, soviel ich wußte, 20 bis 24 M. in der Woche, und es fehlte an allen Ecken und Enden. Wie konnten aber hier neun Personen mit ungefähr 3,10 M. in der Woche auskommen, auch wenn das Deputat mancherlei in die Wirtschaft brachte? Der Kutscher erzählte mir weiter, daß alle Frauen auf den Feldern des Dominiums arbeiten müßten. Weigerten sie sich, so würden ihre Männer entlassen. „Sie weigern sich aber auch gar nicht,“ sagte er, „die Notlage zwingt sie zum Frondienst, denn die 70 Pf., die sie pro Tag erhalten, er-

möglichen uns doch einiges.“ „Warum nennen Sie die Feldarbeit Frondienst?“ fragte ich. „Na, wenn eine Frau von morgens um 6 Uhr bis abends um 6 mit nur dreimal einer halben Stunde Pause arbeitet und außerdem entweder der Inspektor oder sein Sohn oder der Verwalter dabei steht und antreibt, nenne ich das nicht mehr Arbeit, das nenne ich Frondienst; da fehlt bloß noch die Peitsche, und die Sklaverei ist fertig.“ Ich erzählte ihm, daß die Schwester meiner Mutter gegenüber behauptet hatte, der Baron und seine Familie opferten sich für ihre Arbeiter fast auf. „Ja ja,“ antwortete der Kutscher, „wenn mal einer bei uns krank ist, dann kommt wohl eines von den Herrschaften, und wir dürfen uns auch öfter mal Suppe oder Milch holen. Aber was ist denn das Besonderes? Wenn ein Pferd oder eine Kuh krank ist, wird das ganze Dominium in Bewegung gesetzt.“ Während wir dahinfuhren, zeigte der Kutscher oft mit der Peitsche auf die ungeheuren Ländereckstrecken, die zum Dominium gehörten.

Abends ging die Schwester häufig zu Inspektors, wo ich sie dann abholen mußte. Mein Weg dorthin führte durch den ausgedehnten Park des Dominiums. Ost strich der Wind recht schauerlich durch die alten mächtigen Bäume, es ertönte aus der Ferne der unheimliche Schrei eines Käuzchens, und der Mond warf gespenstische Schatten auf den Weg. Da kam mir manchmal das Gruseln an. Aber je öfter ich den Weg machte, desto vertrauter wurde mir der nächtliche Park. Ost, wenn ich über mein trauriges Loß nachdachte und aus Sehnsucht nach ein wenig Sonnenschein und Liebe weinte, war es mir, als seufzten die alten Eichen mit mir. So verging die Zeit in harter Arbeit und in stillen Ringen mit der „frommen Schwester“. An Weihnachten durfte ich für 14 Tage nach Hause fahren. Meine Eltern waren sehr erstaunt über die Veränderung, die mit mir vorgegangen war. Ich war so mager und still geworden, daß sie annahmen, ich sei krank. Ich aber reiste ab, ohne etwas über meine Stellung gesagt zu haben. Sollte ich die Sorgen der Eltern vermehren? Nimmermehr. Mitte Januar wurde es bitter kalt. Deshalb ließ ich, um nicht gar so sehr zu frieren, das Feuer in der Küche etwas länger brennen. Aber bald kam die Schwester dahinter, und nun setzte es eine tüchtige Strafpredigt ab. „Da die Kohlen vom Baron geliefert werden,“ meinte sie, „müße man um so mehr sparen; denn wenn sie Kohlen bestelle, so heiße es, daß sie zu viel verbrauche.“ Am anderen Morgen erhielt ich die Weisung, solange es kalt sei, zum Kaffeeloch im guten Zimmer Feuer anzuzünden, die armen Blumen sollten nicht erfrieren. Das war die Strafe dafür, daß ich es gewagt hatte, ohne die Erlaubnis der Schwester die Küche etwas warm zu halten. Mir war alles gleich, stumpfsinnig lief ich umher. Ost vor Kälte am ganzen Leibe zitternd, die Hände und Arme bis zu den Ellbogen aufgesprungen, huschte ich zu alten Leuten nebenan, um mich ab und zu etwas zu erwärmen. Wie oft hat mir die alte Frau die Hände und Arme eingerieben, wie oft hat sie mir eine Schnitte gegeben und mich getränkt, wenn ich ihr mein Leid klagte! „Weine nicht, Annel, die hat's halt mit jeder schon so gemacht. Aber unter einem Jahre läßt die keine weg; sie ist imstande und läßt dich, wenn du eher weggehst, von der Polizei zurückholen, und nachher hast du es noch viel schlechter.“

Das leuchtete mir ein, und ich hielt aus, auf einen Zufall hoffend, der mich befreien sollte. Dieser Zufall schien auch gar nicht lange auf sich warten zu lassen. Anfang Februar wurde der Schwester für den März ihre Verweisung angelündigt. Sie kam gleich mit dem Schreiben in die Küche und frug mich, ob ich mit nach D. in Oberschlesien gehen wolle. Ich hatte natürlich durchaus keine Lust und sagte, meine Eltern würden es wohl nicht erlauben. „Nun, schreibe ihnen nur gleich, vielleicht darfst du doch mit.“ Ich schrieb meinen Eltern den ersten Klagebrief und bat sie, ja nicht ihre Zustimmung zu dem Mitgehen zu geben. Als die Antwort kam, war ich nicht da, und die „Schwester“ öffnete den Brief. Mein Vater schrieb, er gestatte es mir nicht, mit der Schwester zu ziehen. Ich solle bleiben, wo ich sei, vielleicht sei die neue Schwester besser. Als ich nach Hause kam, ach, du lieber Himmel, war das ein Empfang! Was die Schwester in ihrer Wut alles sagte, weiß ich nicht mehr. Doch hatte ich von diesem Tage an keine gute Stunde mehr. Oster wollte mich jetzt meine Herrin ohrfeigen, und Worte wie: Du Popel, du verdammt Darm, du infames Balg, du freches Frauenzimmer, das waren die täglichen Rosenamen aus dem Munde der „frommen Schwester“. Die Quälerei wurde so arg, daß ich mich mit Selbstmordgedanken trug. Ich hatte einmal gelesen, daß ein Dienstmädchen einen Topf mit glühenden Kohlen auf ihre Kammer genommen hatte und in der Nacht erstickt war. So wollte auch ich mich töten. Aber ich fürchtete mich vor dem Tode; vielleicht war auch der Selbsterhaltungstrieb zu groß in mir. So oft ich in die Glut sah, erschrak ich. Dann

Ich kam auf den Gedanken: wenn du krank würdest, holte dich bestimmt die Mutter. Nun ließ ich alle Abende die beiden kleinen Fenster meiner Kammer offenstehen, um mich zu erlätten, aber vergeblich, ich wurde nicht krank.

So verging die Zeit, und es fehlten nur noch 14 Tage bis zum Termin der Vernehmung. Die große Wäsche war vorüber, und in den nächsten Tagen sollte mit Packen angefangen werden. Da kam plötzlich die Nachricht, daß auf Bitten des Barons und des Pastors in J. die „Schwester“ in ihrem Wirkungskreis bleiben sollte. Wer war froher als sie, denn eine solch gute Stelle gab es nicht leicht wieder. Zu mir sagte sie höhnisch: „Nun bist du gewiß recht betrübt, daß die „bessere“ Schwester nicht kommt, nicht wahr?“ Ich war nicht nur betrübt, sondern der Verzweiflung nahe, aber wohl oder übel mußte ich aushalten. Zwar schrieb mein Vater, dem ich alles mitgeteilt hatte, die „Schwester“ möchte mich doch schon im April ziehen lassen. Die aber sagte kalt lächelnd zu mir: „Das könnte dir wohl so gefallen, wenn ich dich jetzt gehen ließe, aber nein, mein Freundchen, am 15. Juni ist deine Zeit um, nicht einen Tag früher.“

Wie eine Ewigkeit kamen mir die Wochen vor, die ich noch bei der Schwester verbringen mußte. Endlich aber gingen sie doch vorüber. Ich atmete auf. Mit dem Gefühl eines Soldaten, der seine zwei Jahre Dienstzeit hinter sich hat, verließ ich um manche Erfahrung reicher das Haus der „frommen Schwester“. — Wenn ich jetzt in den Zeitungen lese, wie die sozialistischen Ideen auf dem Lande immer mehr Eingang finden und wie auch die Hausangestellten anfangen, sich zu organisieren, so denke ich manchmal zurück an jene böse Zeit im Hause der Schwester. Ich freue mich, daß in Zukunft durch die Organisation vielen jungen Mädchen solch trübe Erfahrungen erspart bleiben werden.

Vom Spinnen und Weben in alter Zeit.

I.

Es ist ein langer, holperiger Weg, den die Menschheit in mühsamem Ringen bisher zurückgelegt hat. Jahrhunderttausende waren erforderlich, um jene Höhe der Kultur zu erreichen, die erklimmen zu haben wir Menschen von heute uns rühmen. Auf der niedrigsten Stufe der Wildheit, inmitten einer durchaus unverständlichen Natur, ohne jede Ausbildung seiner Verstandeskkräfte und aller, auch der primitivsten Hilfsmittel zur Beschaffung der notwendigsten Lebensnahrung ermangelnd, beginnt der Mensch den nimmer ruhenden Kampf ums Dasein. Im Kampfe ums Dasein entwickelt er die Elemente künftiger gesellschaftlicher Organisationen und erringt höhere, bessere Bedingungen fürs Leben; Erfindungen, Entdeckungen, Fertigkeiten bezeichnen die Stappen seines Vormarsches und begründen den Wandel des Gefüges seiner Organisation. Die Erfahrung, unterstützt vom Zufall, lehrt den Menschen den einfachen Stab, ein wichtiges Werkzeug zum Suchen und Ausgraben von Wurzeln, Knollen und Früchten, zu werten. Der Stab wird zum Grabstich in der Hand der Frau, zur Waffe in der Hand des Mannes. Neue Bedürfnisse machen sich mit veränderten klimatischen und anderen Verhältnissen geltend. Der an den Hals über die Schultern, an den Gürtel um die Hüften gehängte Schmuck entwickelt sich zur Hülle, zum Kleid. Nicht nur das umgehängte, mit Dornen zusammengehaltene Tierfell dient zur Bekleidung, auch der gewebte, aus breiten Bändern zusammengeknähte Stoff. Die vordem am menschlichen Körper selbst angebrachten Verzierungen werden übertragen auf die den Körper einhüllenden Zeuge. Mit Einfügung von Stickereien, Anbringung verzierenden Saums und Besazes, und schließlich mit der verschiedensten Musterung in Bindung und Farbenstellung entwickelt sich eine Ornamentik (Schmuckkunst) der Gewebe.

Lange bevor der Mensch sich zur Zivilisation durchgerungen hat, sind Gewebe zum Bedürfnis geworden. „Alter als die Töpferkunst ist die Fingerverweberei mit Fasern von Bast“ (Morgan), und älter muß jene Fertigkeit sein, welche wir „Spinnen“ nennen, jene Fertigkeit, durch Zusammendrehen kurzer Fasern einen beliebig langen Faden zu bilden. Hanf, Leinen, Baumwolle und andere Pflanzen gaben das Material. Die zur Zeit ihrer Entdeckung auf der Unterstufe der Barbarei stehenden Stämme Südamerikas kannten Baumwollgespinste und Baumwollgewebe. Desgleichen fand man auf Kuba Baumwollgewebe

und allerlei Rohstoffe. Der von nichts weniger als idealen Motiven geleitete Entdecker Kolumbus erhielt von den Bewohnern von Guanahani Baumwolle als Geschenk und aus dem Innern von Hispaniola wurden ihm alle drei Monate 25 Pfund Baumwolle als Tribut geliefert. In gleich frühen Perioden der Entwicklung dürfte die Menschheit auch auf anderen Kontinenten die Zweckmäßigkeit der Bearbeitung der Pflanzenfasern erkannt haben. Und auch Hilfsmittel wurden ausfindig gemacht, Hilfsmittel, deren Bedeutung wir heute im Zeitalter des Selbstfaktors leicht zu unterschätzen geneigt sind, die aber nur das Resultat gehäufte Erfahrung und erhöhter geistiger Tätigkeit des Menschen sein konnten. Die Spille oder Handspindel, das älteste und einfachste Spinngerät, das wir kennen, wurde Gemeingut der Menschheit. Sie besteht aus einem etwa 28 bis 35 Zentimeter langen, runden Stück harten Holzes und ist ungefähr der Spindel am alten Handspulrad vergleichbar. Sowohl unter den prähistorischen Funden wie bei lebenden wilden Völkern trifft man große und kleine Spindeln an. Etwa 6 Zentimeter vom unteren Ende aus ist die Spindel 15 Millimeter dick. Von hier aus läuft sie nach beiden Enden, allmählich schwächer werdend, spitz aus. Ein wenig unter der dicksten Stelle des Holzes steckt ein schwerer Ring aus Stein, Knochen, Zinn, Blei oder anderen Materialien, dessen Durchmesser zwischen 25 und 65 Millimeter schwankt: der Wirtel. Soweit im Balkan und in Ostindien jetzt noch mit Handspindeln Fasern zu Fäden gedreht werden, pflegt der Wirtel eine 15 Millimeter hohe und 25 Millimeter dicke Kugel von Blei oder Bein zu sein. Das letztere wird verwandt, wenn der auf der Spindel aufgewickelte Fadentnäuel schon so dick ist, daß er allein genügt, um der Spindel die Rotation zu erhalten. Solche Wirtel sind in großer Zahl in Gräbern der antiken Welt gefunden worden. Die in römischen, vor- und nachrömischen Gräbern gefundenen Wirtel sind durchschnittlich größer als die, von denen oben die Rede war, und aus Ton, Glas oder Steinmasse hergestellt. Schliemann fand bei seinen Ausgrabungen von Troja gleichfalls in großer Zahl mehr oder weniger verzierte Spinnwirtel. Je größer der Wirtel, um so länger kann die Rotation der Spindel erhalten und um so stärker kann auch den größeren Fäden die Drehung gegeben werden. Der Spinnprozeß vollzieht sich in folgender Weise: Der Faserstoff wird an einen hölzernen Stock, den sogenannten „Nocken“ gebunden. Die spinnende Person stellt ihn neben sich auf oder steckt ihn in ihren Gürtel. Im letzteren Falle ist sie in der Lage, im Gehen und Liegen zu spinnen. Mit der linken Hand werden die Fasern aus dem Nocken herausgezogen und nebeneinander geordnet, immer so viel, daß ein gleichmäßiger Faden sich bilden kann. Der so ausgezogene und mit der Hand etwas gedrehte Faden wird sodann an der oberen Spitze der Spindel befestigt; es geschieht dies mittels einer einfachen Schlinge und des Speichels — aus Abbildungen ist zu sehen, daß manche Spinnerinnen den Faden in seiner ganzen Länge durch den Mund laufen ließen. Damit wird verhindert, daß sich der auf die Spindel gewickelte Faden wieder abrollt. Die Spindel hängt nun frei herab. An ihrer oberen Spitze wird sie mit den Fingern der rechten Hand gefaßt und rasch um ihre Achse gedreht, sich drehend bleibt sie hängen. Der Wirtel gibt der Drehung Kraft und Dauer. Durch diese Drehung der Spindel erhält auch der Faden seine Drehung. Nicht überall wird indessen die Spindel durch Drehen mit den Fingern in Rotation versetzt. Nach einem anderen Verfahren rollt man die Spindel, respektive den daran steckenden Wirtel auf dem Oberschenkel hin und her und läßt dann das Ganze frei in die Luft hängen. Dadurch wird ebenfalls eine rotierende Bewegung erzielt. So oft als nötig wird der Antrieb der Spindel wiederholt, so daß diese in beständiger Umdrehung verharrt. Dabei wird mit der linken Hand immer neuer Faserstoff dem Nocken entnommen und dem Faden angegliedert. Der Faden wird dadurch länger und länger, bis endlich die Spindel die Erde berührt. Der fertige Faden wird nunmehr auf die Spindel mit der Hand aufgewickelt, das Ende wiederum durch eine Schlinge an der Spitze befestigt, und der Spinnprozeß beginnt aufs neue.

Es ist ohne weiteres klar, wie außerordentlich mühsam diese Arbeit war und wie langsam das Spinnen vonstatten ging. Als die Mädchen noch „zu Rocken“ gingen, wurden an einem Abend 10 bis 14 Spindeln vollgesponnen. Und doch haben die Menschen bis weit herein in die geschichtliche Zeit auf diese primitive Art und Weise ihre Gespinste hergestellt, Gespinste von einer Feinheit, die uns heute in Staunen setzt, Gespinste, die es ermöglichten, sehr feste und teilweise künstlerisch wertvolle Gewebe herzustellen. H. Jäckel, Berlin.

Aus Mansfelds Ehrentagen.

Im Mansfelder Gebiet ist es wieder ruhig geworden. Das Einerlei des Alltagslebens hat die Menschen, die noch vor kurzem im heißen Kampfe standen, wieder in seinen Bannkreis gezogen. Äußerlich hat sich nur wenig verändert. Manche Familien sind in die Fremde gewandert, um dort ihr Brot zu suchen. Von den Führern und Vorkämpfern büßen noch manche ihr tapferes Eintreten für die gemeinsame Sache in den Gefängnissen des Staats, der die Gleichheit vor dem Gesetz so trefflich zugunsten der Besitzenden zu wahren versteht. Und doch hat sich im Mansfeldischen eine Revolution der Geister vollzogen, die der Ausgangspunkt unaufhörlicher wirtschaftlicher und politischer Kämpfe sein wird, die auf Umgestaltung der ganzen Gesellschaftsordnung hinielen. Unternehmer wie Arbeiter sind als andere aus dem Kampfe hervorgegangen. Die Unternehmer, die noch vor kurzem die Drohung zu streifen mit höhnischem Lachen aufnahmen, haben die Macht, die in ihren bisher so geduldigen Arbeitsklaven steckt, fürchten gelernt. Fühlten sie sich doch bewogen, die heilige Staatsgewalt zu Hilfe zu rufen, die ihnen auch wirklich zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ außer 200 Gendarmen eine recht ansehnliche Schar Vaterlandsverteidiger zur Verfügung stellte. So blieben die Bergherren wohl äußerlich siegreich dank ihren eigenen und fremden Machtmitteln, dank auch der Unterstützung, die sie bei den Behörden und dem ganzen Verwaltungsapparat vom Landrat bis zum Ortsschulzen herab fanden. Die 10000 Bergleute nahmen die Arbeit bedingungslos wieder auf. Allein das Unternehmertum wagt es nicht mehr, das Koalitionsrecht der Arbeiter, um das der Streit entbrannt war, im großen anzutasten, wenn auch einzelne Grubenproletarier noch immer unter Maßregelungen zu leiden haben. Der Bergarbeiterverband zählt jetzt mehr Mitglieder als während des Streiks selbst. Es sind wohl, getreu dem abgezwungenen Versprechen, manche Mitglieder ausgetreten. Dafür haben sich jedoch viele Bergleute dem Verband angeschlossen, die dem Streik ferngeblieben waren. Doch weit größer ist die Veränderung, die bei dem Proletariat selbst vorging. Die Massen wurden durch den Streik und die Erscheinungen, die er im Gefolge hatte, moralisch wie intellektuell ausgerüstet. Schwere wirtschaftliche Abhängigkeit kann nicht immer ohne Einfluß auf den Charakter bleiben, das haben viele traurige Vorkommnisse während des Streiks gezeigt. Sie bricht langsam das Selbstbewußtsein und die Tatkraft des Menschen. Welche Wirkung aber eine einzige Tat der Auflehnung ausüben kann, das hat dieser Streik geoffenbart. Während seiner sechswöchigen Dauer hat sich in der ganzen Denkweise des Mansfelder Proletariats eine Umwandlung vollzogen, wie sie nur Jahre angestrengter Agitations- und Aufklärungsarbeit hätten vollbringen können. Die Bergleute haben eingesehen, welcher Art das Wohlwollen der Kupferbergwerksgewerkschaft ist, die die große Menschenfreundlichkeit besitzt, die Arbeiter für sich schaffen zu lassen, um aus jedem einzelnen im Jahre durchschnittlich 600 Mk. Kleingewinn herauszupressen. Als alle Petitionen des Streikausschusses um Vermittlung der Regierung abschlägig beschieden wurden, ja der Staat im Gegenteil Truppen ausrücken ließ, um die Arbeiter zu knebeln, die einzig und allein ihr gesetzliches Recht verteidigten, da verloren sie endlich den Kinderglauben an eine Regierung, die für die Rechte aller Staatsbürger gleichmäßig eintritt. Sie fingen aber auch an zu zweifeln an einer Gesellschaftsordnung, die Hunderttausende darben läßt, um einigen Wenigen die Güter des Lebens in Fülle in den Schoß zu schütten. So wurden viele der Reichstreuen im Mansfelder Gebiet, auf die die Unternehmer so zuversichtlich gehofft hatten, nicht nur treue Anhänger des Bergarbeiterverbandes, sondern auch Sozialdemokraten in der Erkenntnis, daß die letzten Kämpfe nicht auf gewerkschaftlichem, sondern auf politischem Gebiet durchgeföhrt werden müssen. Der sozialdemokratische Verein im Mansfelder Wahlkreis hat einige tausend neuer Mitglieder gewonnen, darunter sehr viele Frauen, die sich während des Streiks recht tapfer gezeigt haben. Diese Begeisterung ist auch nicht wie ein Strohfeuer verflackert.

Wir hoffen vielmehr, daß wir an ihnen eine Schar ausdauernder Mitkämpferinnen gefunden haben. Keine Versammlung geht, der nicht Hunderte zustromen, darunter stets viele Frauen. Ein gewaltiger Drang nach Aufklärung und Bildung macht sich überall geltend. Die Masse des Proletariats in der Gegend beginnt das Geheimnis seiner Existenzbedingungen zu ahnen. Dieses Ahnen muß zur Bewußtheit, zur Klarheit werden. Die Mansfelder Bergarbeiter müssen zur Einsicht kommen, daß das Koalitionsrecht, das sie sich errungen, nichts ist als Mittel zum Zweck, die unerlässliche Vorbedingung jeglichen erfolgreichen Kampfes im wirtschaftlichen und politischen Leben.

Auf diesem Grunde gilt es nunmehr weiterzubauen in planmäßiger Organisations- und Aufklärungsarbeit. Diesem Zwecke dient auch das Schriftchen „Aus Mansfelds Ehrentagen“, das im Verlag Thiele in Halle erschienen ist. Es schildert in Form einer Erzählung in packender, leichtverständlicher Weise den Verlauf des Streiks. Die Treue und Sachkunde, mit der das geschieht, das warme Empfinden für die Kämpfenden, das aus den Blättern spricht, lassen die Broschüre zur Massenverbreitung sehr geeignet erscheinen, und das auch in anderen Bezirken des Bergbaus. Kein Zweifel, daß das Schriftchen nicht wenig dazu beitragen wird, den Ideen der modernen Arbeiterbewegung auch bei den ihr noch fernstehenden Bergarbeitern Eingang zu verschaffen, sie unter den Erwachenden zu festigen.

Die Kräfte, die der Streit ausgelöst hat, dürfen nicht wieder in sich selbst zurückfallen. Der Mansfelder Bergarbeiterstreik ist der erste Sieg, den das Mansfelder Proletariat über den Kapitalismus davongetragen hat. Es darf und wird nicht der letzte sein. G. B.

Aus der Bewegung.

Stellungnahme der Genossinnen des westfälischen Westfalens zur Frauenkonferenz. Auf Antrag aus dem Kreise der Genossinnen hatte der Vorstand der Bezirkskommission für das westliche Westfalen eine Sitzung mit den weiblichen Vertretern in den Vorständen der betreffenden Parteiorganisationen. Zur Beratung standen zwei Punkte: Die Frauenkonferenz und Agitation. Genosse König erörterte als Berichterstatter die Gründe, die für und gegen die Abhaltung einer Frauenkonferenz in diesem Jahre sprechen. Die Anwesenden schlossen sich darauf der Meinung an, daß in diesem Jahre eine Konferenz der Genossinnen nicht nötig sei. Die Beratung all der Fragen, die für die Konferenz vorgeschlagen worden seien, könne ohne Schaden auf das nächste Jahr verlagert werden. Es sei zu hoffen, daß ihre Erörterung dann um so fruchtbringender sein werde, weil bis dahin noch mehr praktische Erfahrungen vorliegen würden. Die Genossinnen, die in der Kleinarbeit stehen, sind der Ansicht, daß es an Anregungen und Agitationsstoff nicht fehlt. Es ist ihnen kaum möglich, alles auszuführen, was in den Wahlkreisorganisationen angeregt und beschlossen wird. Eine Frauenkonferenz könne nur dann für unsere Bewegung von Nutzen sein, wenn sie im Einverständnis zwischen Genossinnen und Genossen einberufen werde. Besonders betont wurde im Laufe der Beratung, wie notwendig es sei, immer mehr Genossinnen so auszubilden, daß sie sich an der Aufklärungsarbeit unter den Frauen der werttätigen Massen mit Erfolg beteiligen können. Anna Nemik, Beitmar.

Von der Agitation. Eine Reihe von Verbandssitzungen für Dresden und Umgegend veranstalteten Versammlungen und größere Fabrikbesprechungen, in denen die Unterzeichnete sprach. Es waren die Organisationen der Fabrik-, Metall-, Blumen- und Blätterarbeiter und der Tapezierer. Die Veranstaltungen waren zum Teil sehr gut besucht und trugen manchen Verbänden einen nicht unbedeutlichen Zuwachs an Mitgliedern ein. Besonders glänzend verlief die Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Fabrik von Linger in Dresden, die 550 bis 600 Personen beschäftigt. Der Andrang war so groß, daß man statt, wie geplant, eine zwei Zusammenkünfte abhalten mußte. Auch diese waren noch überfüllt, da fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik erschienen waren. Selbst einige Vorarbeiter und Directrices hatten sich eingefunden. Einer der Direktoren soll erklärt haben, auch er wäre in die Versammlung gekommen, wenn er um ihr Stattfinden gewußt hätte. An das eingehende Referat schloß sich eine Besprechung an, in der eine Reihe von Mißständen gegekelt wurden. Besonders wurden Klagen laut gegen einzelne Vorgesetzte, darunter eine Directrice. Auch über die Zustände in der Schwesterfabrik in Bodenbach a. Elbe wurde Beschwerde erhoben. Alle diese Klagen scheinen überraschend, da die Fabrik im Ruhe eines Musterbetriebs steht. Der Fabrikbesitzer hat eine offene Hand, wenn es gilt, Kleinpreise zu stiften oder sich an einem

Wohltätigkeitsbasar zu beteiligen. Allein die Forderungen der Arbeiter haben bei ihm kein offenes Ohr gefunden. So muß die Organisation energisch für sie eintreten. Ähnliche, doch noch schlimmere Klagen wurden bei der Besprechung für die Arbeiter der Gummwarenfabrik von Schwieder in Dresden laut. Besonders wurde über die mangelhaften hygienischen Zustände und fehlenden Schutzeinrichtungen sowie über die Behandlung von seiten der Meister Beschwerde erhoben. Ein Hauptübel in dieser Fabrik ist die Akkordarbeit, die in vielen Fällen zur Hausarbeit nach Feierabend führt. Eine Arbeiterin, die Absätze beschneidet, hat bei fast 16 bis 18 stündiger Arbeitszeit einen Wochenverdienst von 15 bis 20 Mk. Um den zu erzielen, muß oft noch der Mann mithelfen. In einer Versammlung, die der Metallarbeiterband für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Reiche einberufen hatte, brachten die Arbeiter ähnliche Klagen vor. Es wurde dabei besonders darauf hingewiesen, daß man häufig die Arbeiterin, die längere Zeit krank oder Wöchnerin ist, durch allerhand Tricks um die Unterstützung der Betriebskrankenkasse zu bringen sucht. Die Zahlstellen des Verbandes der Blumen- und Blätterarbeiter in Dresden und Sebnitz hatten für Dresden zwei Versammlungen einberufen, je eine für Sebnitz, Rosenthal, Krumhermersdorf, Kunnorsdorf und Ubersdorf. Auf der Tagesordnung stand die im Januar 1910 in Kraft getretene Gewerbeordnungsnovelle. In den Blumenfabriken herrschen besonders schwere Mißstände, die im Gegensatz zu den gesetzlichen Schutzzvorschriften stehen. Die Mitnahme von Heimarbeit nach Fabrikzuschuß ist hier zur Regel geworden. Doch nicht genug damit, es wird selbst in den Mittagspausen gearbeitet. In der Umgebung von Sebnitz herrscht die Heimindustrie mit all ihrem Elend und allen Folgen skrupelloser Ausbeutung. Trotz dem angestrengtesten Mühen sehen sich die Frauen gezwungen, ihre Kinder zum Mitverdienen anzuspinnen, nur um die Familie vor dem Verhungern zu schützen. Für das Groß Rößchen werden 20 bis 28 Pf. bezahlt, für Hyazinthen 12 Pf., für Hyazinthen gießen 7 bis 8 Pf. das Groß. Ganz zu schweigen von den Löhnen für Primeln, Bergheimeinicht oder Flieder. Die Lage der Blätterarbeiterinnen ist kein Haar besser. Zu der Versammlung in Rosenthal hatte sich der Vertreter der Firma Köppler-Sebnitz für die Ausgabestelle Rosenthal eingefunden. Er mußte die Berechtigung der vorgebrachten Anklagen durchweg anerkennen und sagte Abhilfe zu. Er entschuldigte sich damit, daß er von der Hauptfirma gedrückt werde. Weigere er sich, auf die gestellten Bedingungen einzugehen, so seien zehn andere sofort bereit, an seine Stelle zu treten. Er riet den Anwesenden, sich zu organisieren. Alle diese gewerkschaftlichen Agitationsveranstaltungen bewiesen von neuem, wie viel noch zu tun bleibt, damit die Arbeitsbedingungen der Proletarierinnen, besonders der elendesten unter ihnen, der Heimarbeiterinnen, halbwegs zufriedenstellend werden. Hierzu bedarf es vor allem der Aufklärung und eines entschlossenen, energischen Vorgehens der Ausgebeuteten selbst. M. Wackwitz.

Aber „Arbeiterschutz“, Feuerung und Reichspolitik“ sprach Genossin Wurm in vier öffentlichen Versammlungen in Gera, Leumnitz, Triebes und Göttingen, die die sozialdemokratische Parteiorganisation für Neuß j. L. einberufen hatte. Die Rednerin schilderte im allgemeinen die Lage der Arbeiterin und kam dann auf den gesetzlichen Arbeiterschutz zu sprechen. Sie unterzog seine vielen Unzulänglichkeiten einer scharfen Kritik und wies nach, daß manche der einschlägigen Vorschriften weit eher den Namen von Unternehmerzuschussbestimmungen verdienen. Ein schlagender Beweis für den Charakter der deutschen Sozialpolitik von oben sei der Entwurf der Reichsversicherungsordnung, der neben einigen dringend notwendigen Reformen die einschneidende Verböserung bringt, daß die Arbeiter des Rechtes der Selbstverwaltung in den Krankenkassen beraubt werden sollen. Dabei behaupten Regierung und herrschende Klassen stets, Deutschland sei in der Sozialgesetzgebung den übrigen Nationen voraus. Wer tiefer blickt, der erkennt, daß es den übrigen Nationen in einer Hinsicht voraus ist: in der Säuglingssterblichkeit. Es sterben im Deutschen Reich ein Fünftel, in Neuß j. L. sogar ein Viertel aller Säuglinge. Um dieser ungeheuren Säuglingssterblichkeit entgegenzuarbeiten, hat der Gemeinderat von Gera auf Antrag unseres Genossen Leven die Einführung von Stillprämien beschlossen. Nichtklassenmitglieder erhalten von der ersten bis zur achten Woche je 1,50 Mk., von der neunten bis zur dreizehnten Woche je 2 Mk.; Klassenmitglieder in der ersten bis achten Woche 1,25 Mk., von der neunten bis zur dreizehnten Woche 2 Mk. In den Monaten Juni, Juli und August erhöhen sich die Sätze um 25 Pf. in der Woche. Zum Schlusse kam die Rednerin noch auf die Feuerung und die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches zu sprechen. Sie setzte auseinander, daß gerade die Proletarie-

rinnen unter der Steuerpolitik am schwersten zu leiden haben. Deshalb müßten sie endlich ihre Gleichgültigkeit abschütteln und sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, die allein die Interessen der Arbeiterklasse ernsthaft vertritt. Die gespannte Aufmerksamkeit, mit der die Anwesenden dem anderthalbstündigen Vortrag folgten, zeugte dafür, daß die Ausführungen der Referentin auf guten Boden fielen. In der Diskussion äußerten sich einige Genossinnen im Sinne der Referentin. Die sehr gut besuchten Versammlungen brachten der Partei zahlreiche neue Mitglieder. Die überzeugten Genossinnen sind sich bewußt, wie notwendig es ist, daß die Frauen sich immer mehr am politischen Leben beteiligen. Sie werden ihre ganze Kraft einsetzen, um die Aufklärung des weiblichen Proletariats zu fördern.

A. Jähner.

„Der Frauen Kampf um ihre Rechte“ lautete die Tagesordnung einer Versammlung in Kiel-Gaarden, die von vielen Frauen besucht war. Genossin Baumann hatte das Referat übernommen. Sie schilderte in fesselnder Weise die Stellung der Frau von den Zeiten des Urkommunismus, wo die Frau dem Manne als gleichberechtigte Mitarbeiterin zur Seite stand und einen ebenso wichtigen Platz im Produktionsprozeß ausfüllte wie er, bis zum Zeitalter des Kapitalismus, wo die Frau wieder unauffällig in die gesellschaftliche Produktion hineingedrängt wird, doch nicht als gleichberechtigte Mitarbeiterin, sondern als unfreie, ausgebeutete Lohnrührerin, die die Männerarbeit verdrängt. Dieser verderblichen Begleiterscheinung der weiblichen Berufsarbeit kann nur durch die Organisation der Frauen und Männer zum gemeinsamen Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung entgegengewirkt werden, sie kann nur zusammen mit der Ausbeutungsordnung selbst verschwinden. Daher ist es die Pflicht jeder proletarischen Frau, an der Seite des Mannes ihrer Klasse für die Verbesserung ihrer gemeinsamen Klassenlage zu kämpfen. Die Referentin behandelte im Anschluß an diese Darlegungen die Wahlrechtsfrage und betonte, daß nur die energische Beteiligung der Frauen am Wahlrechtskampfe auch ihnen das Bürgerrecht verschaffen könne. Freiwillig werden die herrschenden Klassen so wenig den Frauen wie den Männern des wertlätigen Volkes ihre politische Gleichberechtigung zugestehen. Die Rednerin wies im Verlaufe ihrer Ausführungen nach, welches Interesse die Proletarierinnen, gleichgültig ob Arbeiterinnen oder Arbeiterfrauen, an dem Besitze der politischen Rechte haben. Besonders zeigte sie, daß sie unter den Steuerlasten so schwer zu leiden haben wie der Mann. Deshalb sei es dringend geboten, daß auch die Frauen sich der politischen Organisation anschließen. Die Referentin forderte auch zur Durchführung des Schnapsboykottes auf, durch den die Junter am Geldbeutel, ihrer empfindlichsten Stelle, getroffen werden. Sie schloß mit der Mahnung zu unermüdlicher Betätigung für die Sache des Proletariats. Reicher Beifall lohnte die Rednerin. Ihrer Aufforderung, sich der Parteiorganisation anzuschließen, kamen 17 Frauen nach, für die „Gleichheit“ meldeten sich 7 Abonnentinnen, so daß die Gesamtzahl ihrer Leserinnen hier am Orte jetzt 450 beträgt. Der Vertrieb der „Gleichheit“, sowie das Einschiffen der Mitgliederbeiträge liegt in den Händen der Genossinnen. Die Parteiorganisation zählt nunmehr 330 weibliche Mitglieder gegen 180 am 1. Oktober 1908. So geht es in Gaarden, wenn auch langsam, doch stetig vorwärts. Die Genossinnen sehen, daß ihre Arbeit Früchte trägt, und jeder Erfolg spornet sie an zu erneuten energischen Anstrengungen.

Luise Andratsche.

Zum 17. und 19. sächsischen Landtagswahlkreis fanden Versammlungen in den Orten statt: Hohendorf, Neudörfel, Gersdorf, Rödlitz, Lichtenstein-Cainberg, Lugau, Oberwürrsch-nitz, Neuwiese und Olsnitz. Die Unterzeichnete sprach zu der Tagesordnung: „Welchen Wert haben die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen für die Frau?“ Der Besuch der Versammlungen war mit wenigen Ausnahmen ein sehr guter. Spannend folgten die Anwesenden den Ausführungen der Referentin, die an Hand eines reichen Zahlenmaterials nachwies, wie notwendig es ist, daß sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anschließt, um so dem Feind Kapitalismus und seinem politischen Schildknappen, dem „Vater“ Staat, gewappnet gegenüberzustehen. Welche Macht die Organisation ist, zeigt in diesen Tagen der Kampf im Baugewerbe. Das Proletariat des Erzgebirges, das besonders schwer unter der kapitalistischen Ausbeutung leidet, hat allen Grund, sich zusammenzuschließen. In allen Versammlungen leistete eine ganze Anzahl von Frauen der Aufforderung zur Organisation Folge. In Lugau allein traten 108, in Oberwürrsch-nitz 46 Frauen der politischen Organisation bei. Auch für die „Chemnitzer Volksstimme“ wurden Abonnenten gewonnen. So bricht sich der Organisationsgedanke im sächsischen Erzgebirge immer mehr Bahn.

Agnes Fahrenwald.

Über „Wert und Nutzen der Frauenorganisation“ sprach Genossin Maurer in einer Versammlung der Textilarbeiterinnen eines bestimmten Betriebs in München. Die Versammlung war insofern bedeutungsvoll, als es das erste Mal war, daß sich die Arbeiterinnen jenes Betriebs zu einer Besprechung zusammensanden. Noch vor einem Jahre war zweimal der Versuch gescheitert, sie für die Organisation zu gewinnen. Die einberufenen Versammlungen konnten damals wegen mangelnder Beteiligung nicht stattfinden. Um so erfreulicher war es, daß heuer dank den energischen Bemühungen des Textilarbeiterverbandes 40 bis 50 Arbeiterinnen erschienen waren, mehr als die Hälfte aller in der Fabrik tätigen Proletarierinnen. Die gleiche Zahl hatte sich auch kurz vorher unbedenklich dem Verband angeschlossen. Die Rednerin setzte auseinander, wie notwendig es sei, daß auch Frauen sich organisierten, um ihre Interessen als Arbeiterinnen, Mütter, Hausfrauen und Staatsbürgerinnen zu verteidigen. Sie verwies zur Begründung ihrer entsprechenden Aufforderung auf die Hungerlöhne der Arbeiterinnen und ihren Gegensatz: die unerschwinglichen Preise der Lebensmittel als Folge des Zoll- und Steuerwuchers. Sie schilderte, wie unter der Ausbeutung nicht nur die Arbeiterinnen selbst, sondern sogar ihre Kinder seufzen, und streifte kurz das Kapitel des Mutterschutzes und der Säuglingsfürsorge. Die Arbeiterinnen folgten den Darlegungen der Referentin mit gespannter Aufmerksamkeit. An den Vortrag schloß sich eine Besprechung an über die Arbeitsverhältnisse in dem in Frage kommenden Betrieb. Fast jede der anwesenden Arbeiterinnen hatte eine Beschwerde vorzubringen. Es traten bei den oft schüchtern, aber voll innerer Erregung vorgebrachten Anklagen schändliche Mißstände zutage. Vor allem wurde über gewisse Werkführer geklagt, die von den ihnen unterstellten, manchmal erst 15-jährigen Mädchen wie von den Frauen fordern, daß sie gegen geringe Vergünstigungen, wie bessere Bezahlung usw., ihnen zu Willen sind. Auch gegen Lohnabzüge, Strafen und plötzliche Entlassung wurde Beschwerde erhoben. In einem Schlußwort wies die Referentin darauf hin, daß alle diese Mißstände nicht so tief hätten Wurzelschlagen können, wenn die Arbeiterinnen schon früher der Textilarbeiterorganisation beigetreten wären. Im Verein mit ihren Berufsgenossen und -genossinnen allein seien sie imstande, auf ihre Arbeitgeber einen Druck auszuüben und sich so allmählich günstigere Arbeitsbedingungen zu erzwingen. e. m.

Von den Organisationen. Im Hamburger Frauenbildungsabend hielt Genossin Brauer zur Förderung der sozialistischen Erkenntnis unter den Frauen zwei Vorträge über „Die Grundsätze des Sozialismus“. Sein erster Vortrag behandelte die Entwicklung der sozialistischen Ideen bis zur Zeit des kommunistischen Manifests, im zweiten sprach er über das kommunistische Manifest selbst. Die beiden nächsten Vorträge sollen das Erfurter Programm behandeln. Die Genossinnen folgten seinen gehaltvollen Ausführungen mit großem Interesse. Am zweiten Abend steuerte Genossin Baumann trefflich zu den Anregungen des Referats bei; hoffentlich gibt ihr Beispiel den Genossinnen Mut, sich ebenfalls rege an der Diskussion zu beteiligen. Ein Stamm von Genossinnen nimmt lebhaftes Interesse an den Bildungsabenden und findet sich regelmäßig zu ihnen ein. Leider kann das nicht von der Mehrzahl der Genossinnen gesagt werden, die infolge unregelmäßiger Anwesenheit den Zusammenhang zwischen den einzelnen Vorträgen verlieren. Wenn wir auch die Ursache ihres Fernbleibens verstehen, auf die wir schon eingingen, so wäre es doch im eigenen Interesse der Genossinnen wünschenswert, daß sie auch um den Preis von Unbequemlichkeiten und Opfern keine der so bildend wirkenden Veranstaltungen versäumen. Das kraftspendende Gefühl der Zusammengehörigkeit, des Zusammenwirkens aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist auch in den Bildungsabenden lebendig und gibt neue Begeisterung, die ganze Persönlichkeit einzusetzen für die große Lebensaufgabe, am Befreiungskampf des Proletariats mitzuwirken. e. g.

Aus Mansfeld. Die Mansfelder Bergarbeiter und ihre Familien spüren andauernd und stark die Nachwehen des großen Kampfes vom vorigen Herbst. Noch immer ist kein Ende der Streitprozesse abzusehen. Mehr als 200 Monate Gefängnis wurden schon an Strafen über Streikführer verhängt, und wieder soll in Gießen ein Prozeß wegen Landfriedensbruch stattfinden, in dem 11 Personen angeklagt sind, und dessen Ausgangspunkt der vorjährige Kampf ist. Das Reichsgericht hat zwar die falsche Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung bei einem großen Teil der Streitprozesse zurückgewiesen. Doch hatten die Angeklagten keinen Vorteil davon, weil das Urteil durchweg mit anderer Begründung aufrechterhalten wurde. Die heilige Gerechtigkeit des Klassenstaats kennt keine unbefangene Billigkeit, geschweige denn Nachsicht, wenn es sich darum

handelt, einen Streikposten oder einen ähnlichen staatsgefährlichen Verbrecher abzurufen. Steht jedoch ein Ordnungsförderer aus den staatsverhaltenden Schichten der Gesellschaft vor ihrem Richterstuhl, so wird sie plötzlich gar einsichtsvoll und milde. Die in den Mansfelder Streitprozessen gefällten Urteile und die Entscheidung des Landgerichts in Bonn über die großen Ausschreitungen von Korpsstudenten bieten dafür ein klassisches Beispiel. Das Schwurgericht in Halle verurteilte den Bergmann Lohse zu einem Jahre Gefängnis, weil er einem Streikbrecher Schimpfworte zugerufen und Stockschläge versetzt hatte. 13 Korpsstudenten wurden wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes und teilweiser Zerstörung des Zuges zu Geldstrafen von 30 bis 80 M. verurteilt. Gibt es eine bessere Charakterisierung der Klassenherrschaft und der Klassengerechtigkeit in Deutschland als diese beiden himmelschreienden Urteile? Aber nicht nur die Justiz wütet gegen die Bergarbeiter, die gegen ihre Unfreiheit und Ausbeutung zu rebellieren gewagt haben. Auch die Rache der Mansfelder Kupferbaugewerkschaft sucht sich stets neue Opfer. Nicht genug, daß 500 brave Bergleute für immer von ihrem Betrieb ausgesperrt wurden, weil sie sich als Streikposten, Flugblattverbreiter oder sonstwie gegen die Kapitalmacht versündigt hatten. Alle Angeklagten, selbst die Freigeprochenen, sind gemahregelt worden. Um die Arbeiter einzuschüchtern, übt das Unternehmertum jetzt eine neue russische Methode. Bald wird der, bald jener auf das Werkbureau gerufen, wo er seine Entlassung erfährt. Fragen die Leute nach dem Grunde, so bekommen sie vom Obersteiger die Antwort: „Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen.“ Kürzlich wurde auf diese Weise vier Arbeitern gekündigt. Der eine von ihnen dient seit 32 Jahren der Bergbaugewerkschaft und hat ihr im Laufe dieser Zeit im Schweiße seines Angesichts und unter Entbehrungen einen fetten Profit erschafft. Gleich den anderen Gemahregelten hat er sich nichts zuschulden kommen lassen. Worauf das Vorgehen abzielt, ist klar. Das Unternehmertum will bei den Bergknappen die Furcht vor Entlassung wach erhalten, damit sie sich ruhig ducken, aus dem Bergarbeiterverband und der sozialdemokratischen Partei austreten und so das alte Sklavenjoch geduldig und ohne an ihm zu rütteln weiter tragen. Besonders aus Korn genommen hat man die Männer, deren Frauen der Partei angehören. Warum, das liegt auf der Hand. Hoffentlich sind die Wirkungen dieses Kniffes ganz andere, als die Selbstsackgewaltigen sich träumen lassen. Nicht Entmutigung, Erbitterung muß die Folge in den Herzen der Mansfelder Arbeiterbevölkerung sein. Und diese Erbitterung und Empörung muß sich in den Drang nach Aufklärung, in die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens verwandeln. Mögen die Frauen insbesondere auch zeigen, was sie in dieser Hinsicht seit vorigen Herbst aus den Vorgängen gelernt haben. Es gibt keine größere Ehre für sie, als wenn sie ihren Einfluß ausbieten, daß ihre Männer und Brüder treue Mitglieder des Bergarbeiterverbandes und der Sozialdemokratie bleiben; als wenn sie selbst zuverlässige Kämpferinnen für die sozialistischen Ideen sind und ihnen neue Anhänger werden. Stets vorwärts, nie zurück! muß die Losung sein. ge.

Zur Nichtigstellung. Um in Deutschland nicht irrige Meinungen über die „Ortsgruppe Hamburg“ des Zentralverbandes der Hausangestellten aufkommen zu lassen, so teilen wir mit, daß laut Kartellbericht 1909 die Ortsgruppe Hamburg 3 Mitglieder verloren hat. Es kann also von einem erheblichen Mitgliederverlust nicht die Rede sein. Die Ortsleitung. J. A.: Luise Kähler.

Zur Nichtigstellung der Nichtigstellung das Folgende. Genossin Kähler beruft sich gegen meine Behauptung von dem erheblichen Mitgliederverlust der Hamburger Dienstbotenorganisation auf deren Stand im Jahre 1909. Ich habe aber nicht von der Mitgliederbewegung in dem angegebenen Jahre gesprochen, sondern diese im allgemeinen als rückläufig charakterisiert. Mein Urteil stützt sich auf die nachstehenden Angaben. Genossin Bieh erklärte auf dem Gewerkschaftslongrenn von 1908 über die Entwicklung des Hamburger Dienstbotenvereins: „Wir haben in Hamburg seit anderthalb Jahren die Agitation entfaltet und haben jetzt über 3000 Mitglieder eingezeichnet. Eine Anzahl sind verzogen, verheiratet, auch wieder ausgetreten, jedenfalls aber haben wir heute über 2000 und einige Hundert vollzahlende Mitglieder.“ („Gleichheit“ Nr. 17 von 1908.) In Nr. 9 der „Gleichheit“ von 1909 berichtete Genossin Mangels von dem Stande des Vereins zu Anfang dieses Jahres: „Die Zahl der Mitglieder beträgt rund 3000.“ Genossin Kähler hat gegen keine der angegebenen Ziffern je Einspruch erhoben; sie erachtete sie also nicht für geeignet, irrige Meinungen über die Ortsgruppe Hamburg des Zentralverbandes der Hausangestellten aufkommen zu lassen. Sie kann es mir daher nicht verübeln, wenn ich sie — von anderen Gründen abgesehen,

die für ihre Wichtigkeit sprechen — für unanfechtbar halte. Welche Angaben liegen aber seither über den Stand der Organisation vor? Der „Dreizehnte Bericht des Gewerkschaftskartells von Hamburg-Altona“ verzeichnet für das Geschäftsjahr 1909 eine Mitgliederzahl der Ortsgruppe von 1521. In der Mitgliederversammlung dieser Organisation vom 14. April dieses Jahres gab Genossin Kähler den Bericht über die Mitgliederbewegung im ersten Quartal 1910. Danach hatte die Ortsgruppe 1430 Mitglieder, davon 1309 vollzahlende. („Hamburger Echo“ Nr. 94 vom 23. April.) Diese letzteren Ziffern bleiben meiner unmaßgeblichen Ansicht nach erheblich nicht allein hinter den „2000 und einigen Hundert vollzahlenden Mitgliedern“ zurück, auf die Genossin Zieh 1908 verweisen konnte, sondern auch hinter der Mitgliedschaft von 1909. Angesichts der vorliegenden Ziffern sage ich mit Genossin Kähler: „Die Dienstbotenorganisationen sollen sich doch nicht rückwärts bewegen, sondern vorwärts“ („Gleichheit“ Nr. 4 von 1908), und halte meine Behauptung von dem erheblichen Mitgliederverlust uneingeschränkt aufrecht. Ein Kommentar zu der Richtigsstellung der Genossin Kähler erübrigt sich. Schärfer als die schärfsten Worte kennzeichnen die angeführten Zahlen die von ihr beliebte Methode der Auseinandersetzung. Klara Zetkin.

Politische Rundschau.

Die herrschenden Klassen verstehen es vortrefflich, die Arbeiterklasse bis aufs Blut zu reizen. Mit Faustschlägen bleuen sie ihr die Erkenntnis ein, daß nur der entschiedenste Kampf gegen das bestehende System sie aus immer unerträglicher werdenden Zuständen zu befreien vermag. Kaum ist dem Volke das gleiche Recht brutal verweigert worden, so wird dem preußischen König die Zivilliste von 15 1/2 Millionen auf 19 Millionen erhöht. Und kaum haben sämtliche bürgerliche Parteien diese in der jetzigen Zeit doppelt provozierende Forderung bewilligt, da verländet der Reichschatzsekretär einen neuen Streich gegen die Massen. Den unglücklichen Tabakarbeitern, die durch die Tabaksteuererhöhung um der Steuercheu der Besitzenden willen arbeitslos geworden sind, sollen die kärglichen Unterstützungen aus Reichsmitteln mehr und mehr verkürzt und bis zu Anfang Dezember ganz entzogen werden. Gleichzeitig bereitet die Regierung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ auf eine neue Armeevermehrung vor, also auf eine Militärvorlage mit großen Forderungen. Das bedeutet wieder neue Steuern, denn die Reichsfinanzreform des blaushwarzen Blocks lang schon jeht nicht mehr zu. Die Reichsregierung machte ja die Bewilligung der verhältnismäßig kleinen Ausgabe, die mit einer Erhöhung und Ausdehnung der Beihilfen an die Kriegsveteranen verbunden ist, von der vorherigen Bewilligung der Reichswertzuwachssteuer und der Wehrsteuer abhängig. Die Erträgnisse der neuen indirekten Steuern haben einen erheblichen Konsumrückgang zur Folge gehabt, da die finanziellen Kräfte des Volkes schon über die Maßen angepannt sind. Die Erträgnisse bleiben daher weit hinter der schleuderkraftigen Berechnung der Steuermacher zurück. Wohl in der Voraussicht der kommenden Militärvorlage hat das Reichschatzamt, wie ein liberales Blatt behauptet, die Höhe der Neuforderungen an Steuern auf ungefähr eine Viertelmilliarde beziffert, die über kurz oder lang an den Reichstag gestellt werden müssen! Und das, nachdem kaum ein Jahr seit dem Abschluß der großen Steuerpländerung verlossen ist!

Bei solchen Aussichten muß das ausgebeutete Volk die Erhöhung der Zivilliste in Preußen wie einen Faustschlag ins Gesicht empfinden. So unfähig und widerwillig Regierung und Parteien bei der Wahlrechtsvorlage waren, so prompt arbeiteten sie hier. Keine bürgerliche Partei schloß sich aus, der Freisinn, dem bei der Sache durchaus nicht wohl war, wagte nicht die leiseste Opposition. Wie konnte er sich dazu aufschwingen, läßt er doch immer noch nicht die Hoffnung fahren, einmal von Gnaden der Krone ein kleines Fehden der Regierungsgewalt zu erhalten — sie aus eigener Kraft zu erobern, darauf hat er selbst in seinen künstlichen Träumen längt verzichtet. Einzig und allein die Sozialdemokratie gab der empörten Volksstimmung über diese „Gehaltsaufbesserung“ Ausdruck. In vortrefflichen Reden, die an grundsätzlicher Schärfe und Entschiedenheit des Ausdrucks nichts vermiffen ließen, hat Genosse Hoffmann dem Block der bürgerlichen Bygantiner die bittere Wahrheit gezeugt. Dem verlogenen Wehrauch der Hohenzollernverhimmelung, den der Finanzminister gleich zentnerweise verbrannte, stellte er das republikanische Bekenntnis der Sozialdemokratie in aller Schärfe entgegen. Der Junker auf dem Präsidentenstuhl des Dreiklassenhauses, Herr Jordan v. Kröcher, nahm die Gelegenheit beim Schopfe, um die Sozialdemokratie vor dem Lande in plumper

Weise als Partei des Hochverrats zu denunzieren. In überlegener Weise setzte Genosse Hoffmann diesen tölpelhaften Angreifer in den Sand. Er rebete eindringlich vom Verfall der bürgerlichen Demokratie, daß die Fortschrittliche Volkspartei den frechen Vorstoß gegen die Redefreiheit im Parlament stumm und geduldig hinnahm. Außer Herrn v. Kröcher holte sich auch der Liebling der Junker, der Finanzminister v. Rheinbaben, eine derbe Abfuhr. Er wollte die Erhöhung der Zivilliste mit der geringen Steigerung der Löhne rechtfertigen, die die Arbeiter hie und da dank ihren Gewerkschaften mühsam erkämpft haben. Zu diesem edlen Behuf brachte er allerlei phantastische Zahlen vor, schimpfte dabei im Reichsverbandstil auf die hohen Beiträge für die Arbeiterorganisationen und bestritt der Sozialdemokratie das Recht, im Namen der Arbeiter zu sprechen, da nur geringe Bruchteile des Proletariats in den Gewerkschaften organisiert und Wähler der Sozialdemokratie seien. Der Finanzminister suchte diese strupellos-dumme Behauptung dadurch zu süßen, daß er den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und den Stimmen der Sozialdemokratie die gesamten 19 Millionen der proletarischen Bevölkerung des Reiches entgegenstellte, ohne davon die große Zahl der Minderjährigen, der Frauen, der Ausländer usw. abzugeben. Genosse Hoffmann räumte in seiner Entgegnung mit diesen und ähnlichen Klopffechterunfistücken des ministeriellen Wiederläuers grausam auf, der die nämliche Rede bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten hält und immer wieder hält. Unser Vertreter zeigte diesen Heros des Junkertums in seiner ganzen bejammernswerten intellektuellen Hohlheit. Aber die Erhöhung der Zivilliste wurde natürlich anstandslos von den bürgerlichen Abgeordneten bewilligt, und das ist für den Herrn v. Rheinbaben das Wesentliche.

Gleichzeitig mit der Schlußverhandlung über die Liebesgabe für die Hohenzollern wurde im Dreiklassenhaus eine nicht minder unwürdige Komödie aufgeführt — die Borromäusinterpellation. Der Papst hatte eine Enzyklika zu Ehren des heiligen Borromäus erlassen, der in Norditalien im sechzehnten Jahrhundert ein hervorragender Kämpfer des Katholizismus gegen die Reformation gewesen ist. In der derben Sprache, in der die theologischen Streitigkeiten jener Zeit ausgefochten wurden — der „Sauherdenton“ von heute ist nichts dagegen —, zog die päpstliche Kundgebung über die Reformatoren und die zu ihnen haltenden Fürsten her. In bezug auf die letzteren übrigens mit großem historischen Recht, denn die „Glaubensstreiter“ auf den deutschen Thronen der damaligen Zeit waren fast durch die Bank ein Gefindel, wie es ruppiger und eigennütziger in der Geschichte kaum wiederzufinden ist. Oberflächlich betrachtet war der Spektakel, der sich ob der Enzyklika in den Reihen der protestantischen Frommen erhob, eine Störung des konservativ-ultramontanen Blocks. Aber beide Parteien wissen sehr wohl, daß solche Zwischenfälle sie nicht trennen können. Die politisch-wirtschaftlichen Gegenwartsinteressen, die sie zusammenführen, sind ihnen viel wichtiger als die Knochen und der Ruhm toter Heiliger und Reformatoren. Im Grunde genommen war ihnen der Fall gar nicht so unangenehm. Er gestattete ihnen, denjenigen ihrer Anhänger, denen die intime Verbindung nicht ganz paßt, etwas Sand in die Augen zu streuen. Die Junker konnten sich als die Verteidiger des Evangeliums gegen Rom gerieren, und das Zentrum hatte die erwünschte Gelegenheit, die Aufmerksamkeit seiner Wähler von seinen politischen Sünden abzulenken, indem seine Presse über die protestantischen Angriffe auf die heilige Kirche zeterete. Dabei waren beide Parteien einig in dem Vorsatz, das Feuer nicht so weit zu schüren, daß etwa die „lochende“ protestantische beziehungsweise katholische „Volksseele“ überlaufen könnte. So war die Borromäusinterpellation der Konservativen im Dreiklassenhaus eine wohlüberlegte Komödie. Ernster war diejenige der Nationalliberalen gemeint, die den Zweck verfolgten, die antikatolische Erregung der protestantischen Frommen für sich auszubeuten. Zu diesem Zwecke schlugen sie die alte kulturkämpferische Paule gar mächtig. Natürlich wollten die Nationalliberalen auch versuchen, die Konservativen in einen ernstlichen Konflikt mit dem Zentrum zu treiben. Aber ihre Liebesmüh scheiterte völlig an der kühlen Überlegung der beiden Parteien, die die Interpellationsverhandlung genau im Rahmen ihres Zweckes zu halten wußten. Nachdem die Regierung durch den Mund Bethmann Hollwegs Vorstellungen bei der Kurie gelobt hatte, machten die Konservativen mit passiver Unterstützung des Zentrums Schluß. Dem sozialdemokratischen Redner, von dem sie eine gründliche Aufdeckung ihres Spieles befürchten mußten, schnitten sie mit einer unverkämten Begründung brutal das Wort ab und hinderten so zugleich die Nationalliberalen an der weiteren Erörterung.

Der Liberalismus hat zu diesem Scherze noch einen anderen erfahren. Sein Heros, der Kolonialsekretär Dernburg ist gegangen worden. In der Berufung dieses Kaufmanns hatten

die ewig Vertrauensseligen seinerzeit eine Konzeption an das Bürgertum gesehen, die Morgendämmerung einer liberalen Ära, obgleich in der amtlichen Tätigkeit Dernburgs auch nicht die Spur blässlichen Liberalismus zu entdecken ist. Aber Dernburg war der Macher einer großkapitalistischen Kolonialpolitik, die den großen Kolonialgesellschaften, dem Handel und den Banken die fetten Profite zuschanzte. Deshalb haben die Junker und das Zentrum gegen ihn stets mehr oder minder offen frondierte und den Pflanzern und Ansieblern die Stange gehalten, die gegen seine Politik ausgebeugt. Nachdem der liberal-konservative Block gesprengt und Bülow gegangen war, konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann Dernburg abgehakt werde. Er hat das wohl erkannt und vorgezogen, sich zurückzuziehen, ehe er direkt gestürzt wurde. Die liberale Presse benutzte diesen Umstand, um den Herrn zum Märtyrer seiner angeblichen liberalen Überzeugung aufzupuffen. Die Legende ist ebensoviel wert wie die von dem großen Reformator der Kolonialpolitik. Die größte Leistung Dernburgs sind seine schwindelhaften Kolonialbilanzen gewesen, mit denen er dem Glück der Gottentottewahlen nachhalf. Die Reformen, für die er eintrat, sind mehr als bescheiden; im wesentlichen beschränken sie sich auf die Abhastierung einiger gar zu unverfälschter Ausbeuter der geschäftlichen Unfähigkeit unserer junkerlichen Bürokratie, die sich von den Boermann, Zippelstirch usw. wahrhaft skandalöse Lieferungsverträge hatte aufhängen lassen. Im übrigen hat er Bahnen bauen lassen, was dem Großkapital gestel — für das deutsche Volk aber ist die Kolonialpolitik nach wie vor trotz aller Diamantensunde eine sinnlose Verschleuderung von Millionen und für die Eingeborenen Mißhandlung, Unterdrückung und Versklavung geblieben.

In der Nachwahl von Jauer-Landschut haben Konservative und Zentrum im zweiten Wahlgang den Fortschrittler gegen die Sozialdemokratie herausgehauen. Nun fordern sie, daß die Fortschrittliche Volkspartei in Usedom-Wollin die Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Konservativen zugunsten der letzteren entscheide. In Anbetracht der überwiegend ländlichen Struktur der beiden Wahlkreise hat die Sozialdemokratie erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Konservativen haben dagegen beide Male starken Verlust an Stimmen erlitten. In Jauer konnten die Fortschrittler ausnahmsweise einen kleinen Zuwachs verzeichnen, in Usedom-Wollin aber erlebten sie wieder den schon bei anderen Nachwahlen beobachteten starken Rückgang, den sie vollaus verdient haben wegen ihrer Bereitwilligkeit, die Reichsfinanzreform mit vier Fünftel indirekter Steuern zu machen, von anderen Sünden zu schweigen. Ob sie in dem pommerischen Wahlkreis wenigstens gegen die Konservativen zu stimmen wagen werden, steht noch sehr dahin. Das Zentrum hat sich inzwischen in der „Germania“ bereit erklärt, auch die Sozialpolitik, in der es bisher noch einige schwächliche Rücksicht auf seine Arbeiterwähler nahm, dem blaueschwarzen Block zu opfern. Um das Bündnis mit den Konservativen noch mehr zu festigen, will es ihnen bei der Reichsversicherungssordnung die Interessen der Arbeiter preisgeben. Die „Germania“ behauptete, daß sich mit Sozialdemokratie und Fortschritt keine arbeitsfähige Mehrheit zur Verbesserung der Arbeiterversicherung bilden lasse. Das ist der heuchlerische Vorwand dafür, daß das Zentrum die Reichsversicherungssordnung mit Konservativen und Nationalliberalen machen will, also mit den schlimmsten Arbeiterfeinden. So schickt sich das Zentrum an, neuen Verrat an den Arbeitern zu dem alten hinzuzufügen.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften werden von Jahr zu Jahr inniger. Wie es um die Organisationen der einzelnen Länder steht, das wird in der Folge immer allgemeiner bekannt. Sehr viel haben dazu die alljährlichen Berichte des internationalen Sekretärs der gewerkschaftlichen Landeszentralen beigetragen: des Genossen Legien. Auch in seinem jüngst erschienenen Bericht für das Jahr 1908 gibt er wiederum eine eingehende, außerordentlich wertvolle Übersicht über die Gewerkschaften fast aller Kulturländer. Alle 19 Landeszentralen, welche dem internationalen Sekretariat angeschlossen sind, haben Berichte eingesandt. Nur über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in Rumänien, Rußland, Argentinien, Brasilien, Australien und Japan konnte kein Überblick gegeben werden. Wie in Deutschland, so hat auch in den meisten anderen Ländern die Krise während der Berichtsperiode die Ausbreitung der Gewerkschaften erschwert. Nur für England ist trotzdem ein erheblicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Es ist zum Teil mit auf Rechnung der politischen Situation zu setzen, und dieser Umstand macht ihn doppelt erwähnens-

wert. In England hat eine nötig gewordene Finanzreform die proletarische Bevölkerung politisch wachgerüttelt und ihr Klassenbewußtsein geschärft, und das ist unstreitig den Gewerkschaften zugute gekommen, ein Beweis mehr dafür, wie eng das wirtschaftliche und politische Leben miteinander verflochten sind. Die Mitgliederzunahme der englischen Gewerkschaften beträgt rund 500 000 in drei Jahren. Erfreulich wie diese Zahlen ist die Entschiedenheit, mit der sich der Sekretär der englischen Gewerkschaftszentrale gegen die chauvinistische Hege wendet, die von der konservativen „Daily Mail“ betrieben und von dem konfusen Gefühlssozialisten Blatchford unterstützt worden ist. Der Gewerkschaftsführer erklärt, daß die englischen Gewerkschaften diese Hege als eine Schmach empfunden haben. Das arbeitende Volk wolle auch in England keinen Krieg, der die Völker in entwürdigende Sklaverei bringe. Von den Fortschritten der englischen Gewerkschaften sticht der Stand der Dinge in Ungarn unerfreulich ab. Hier müssen leider Rückschritte gemeldet werden als Folge der wütenden reaktionären Maßregeln, mit denen die Behörden gegen die Gewerkschaftsbewegung vorgehen. Die Organisationen wurden verfolgt und vielfach aufgelöst. Die Folge davon ist eine empfindliche Mitgliederabnahme. Die Gewerkschaften der Industriearbeiter verloren über 31 000 Mitglieder, und der Mitgliederstand der Landarbeiterorganisation sank von 11 838 auf 3563. Noch tyrannischer und grausamer als die ungarischen Nachhaher verfolgte die Regierung in Spanien die Gewerkschaften. Um jede Streikbewegung zu erdrosseln, begann sie mit der Verhaftung der gewerkschaftlichen und politischen Führer der Arbeiterklasse. Nur wer von ihnen landflüchtig wurde, entging dem Kerker. Alle Arbeiterblätter wurden unterdrückt, die Lokale, wo die Arbeiter ihre Zusammenkünfte und Versammlungen hatten, wie die Bureaus der Organisationen geschlossen. In Madrid allein zählte man 400 Verhaftungen. Alle Kerker waren überfüllt. Die riesige Protestbewegung, die die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei einleiteten, und die unter anderem die Demission des Ministeriums Maura verlangte, brachte dem Vorstehenden der gewerkschaftlichen Landeszentrale allein sieben Anklagen ein. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden ebenfalls noch mit diversen Prozessen bedacht. Trotz der brutalen Niederbützelungsversuche, und trotz der störenden anarchisierenden Strömung — dem legitimen Kind von Kapitalismus und Alexitarismus — können die spanischen Gewerkschaften Fortschritte verzeichnen. 1899 waren der Landeszentrale 26 000 organisierte Arbeiter angeschlossen gewesen, 1908 zählte sie deren über 39 000. Zum erstenmal liegen der gewerkschaftlichen Internationale Berichte aus Bosnien und der Herzegowina vor. Dort geht es mit der Gewerkschaftsentwicklung noch nicht recht vorwärts. Erklärlich genug. Die Industrie steckt im allgemeinen dort noch in den Kinderschuhen, und 80 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. Es ist schon ein großer Fortschritt, daß das gewerbliche Proletariat in Bosnien und der Herzegowina sich Klassenbewußt zu regen beginnt und Anschluß an die kämpfende Arbeiterklasse anderer Länder sucht.

Die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder rangieren nach der Mitgliederzahl ihrer Gewerkschaften in folgender Reihe: England 2 406 742 (1907 2 106 283), Deutschland 2 382 401 (2 446 480), Vereinigte Staaten 1 588 000 (1 586 885), Italien 546 650 (387 384), Österreich 482 279 (501 094), Frankreich 294 918 (715 576), Schweden 219 000 (239 000), Belgien 147 058 (181 015), Niederlande 128 845 (128 845), Dänemark 120 850 (109 914), Schweiz 118 800 (135 377), Ungarn 102 054 (142 030), Norwegen 48 157 (48 215), Spanien 44 912 (32 612), Finnland 24 009 (32 000), Bulgarien 12 933 (10 000), Kroatien 4520 (8700), Bosnien 3997 (—) und Serbien 3238 (5434). Für Frankreich war 1907 die Mitgliederzahl nach dem amtlichen Bericht für 1904 angegeben, während die Zahl für 1908 nur die der Mitglieder jener Gewerkschaften ist, welche der Landeszentrale angeschlossen sind. Die Mitgliederzahl aller französischen Gewerkschaften ist also bedeutend höher wie angegeben. Stellen wir für Frankreich wieder die Ziffer von 1904 ein und rechnen wir wie im Vorjahr für Australien und Neuseeland 213 136 Gewerkschaftsmitglieder, so ergäbe sich in den zwanzig betreffenden Ländern eine Gesamtzahl von 9 308 157 Gewerkschaftler; im Vorjahr war sie auf 9 029 980 berechnet worden.

Der große Kampf im Baugewerbe, der während seiner achtwöchigen Dauer dem deutschen Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen hat, neigt seinem Ende zu. Die Verhandlungen der Unparteiischen führten zu einem Einigungsvorschlag, zur Aufstellung eines Modells für einen Haupt- und einen Nebenvertrag auf dessen Grundlage eine Verständigung möglich war. Über Annahme oder Ablehnung hatten Generalversammlungen der Bauarbeitergewerkschaften einerseits, des Unternehmerverbandes andererseits zu entscheiden. Nach den Einigungsvorschlägen blieb die

Regelung der Löhne und der Arbeitszeit örtlichen Abmachungen vorbehalten; das Ringen zwischen Arbeitern und Unternehmern darum bildet gleichsam die zweite Phase des Kampfes. Sie wird sicher noch zu vielen örtlichen Differenzen führen, die aber in ihrer Wirkung nicht so einschneidend sein können wie der Kampf um den Zentraltarif. Die organisierten Arbeiter konnten — wie die Dinge liegen — daher die Vorschläge der Unparteiischen mit gutem Gewissen annehmen. Es waren auch nur sehr geringe Minoritäten, die auf den Generalversammlungen gegen die Einigungsvorschläge stimmten. Den Unternehmern wurde sicher die Zustimmung dazu weit schwerer. Von ihren hochfliegenden scharfmacherischen Forderungen wurde bei Lichte betrachtet keine erfüllt. Der Vertragsabschluß stellt sich für die Arbeiterorganisationen unzweifelhaft als ein nicht geringer Erfolg dar. Die Absichten der Unternehmer wurden nicht allein abgewehrt, sondern es konnten noch einige Verbesserungen vertraglich festgelegt werden. Zwar sind künftig den Arbeitern Sympathiestreiks nicht mehr gestattet, den Unternehmern aber sind Sympathieaussperrungen ebenfalls verboten, eine bedeutungsvolle Bestimmung, deren tarifliche Festlegung bisher noch keine Gewerkschaft erreicht hat. Dem Wunsche der Unternehmer entsprechend kann allerdings der zentrale Tarif abgeschlossen werden, die örtlichen Organisationen gelten jedoch nach wie vor als Hauptträger des Vertrags. Es wurden keine Konzessionen an die weitere Einföhrung der Allfordarbeit gemacht, welche von den Unternehmern so heiß begehrt worden war. Und die Bestimmung, daß der tarifliche Lohn nur für „tüchtige“ gelernte Arbeiter gelte, fiel ebenfalls. Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden soll für Orte zulässig sein, die mit besonderen Verhältnissen zu rechnen haben. Selbst wenn man einige kleine Zugeständnisse nicht übersehen, die den Unternehmern gemacht wurden, kann der Ausgang der Bewegung als eine Errungenschaft der Arbeiter angesprochen werden. Das Erreichte verdanken sie nicht zuletzt ihrem mannhaften, zielstärkeren und ruhigen Verhalten im Kampfe, vor allem aber auch ihrer starken Organisation, die sie noch lange mit finanzieller Munition hätte versorgen können. Die anderen Verbände standen zu tatkräftiger Unterstützung gerüstet in sicherer Reserve, und die öffentlichen Sammlungen hätten auch nicht versagt, wie der Anfang zeigte. Der Kampf im Berggewerbe ist ein beweiskräftiges Beispiel für den Wert und die Macht der Organisation, für die Bedeutung der proletarischen Solidarität.

Lohnunterschieden in der Zigarettenfabrik von Hannemann in Dortmund führten durch das provokatorische Vorgehen der Polizei zu förmlichen Straßenschlachten. Die Firma wollte den Arbeitern und Arbeiterinnen den Lohn kürzen, und als diese sich das nicht gefallen ließen, schritt sie zur Aussperrung. Das Publikum ergriff für die Ausgesperrten Partei und boykottierte die Firma. Die Polizei ließ die ausgestellten Streikposten zunächst unbehelligt, später aber setzte sie ihre Force und Ehre darein, sie zu vertreiben. Dadurch kam es in den Abendstunden zu Ansammlungen von Tausenden, die in weiterer Folge zu Krawallen mit der Polizei führten. Die Polizei zog blank, Veritene jagten in die Menschenhaufen, auf die auch noch Polizeihunde gehetzt wurden. Die Menge antwortete mit einem Hagel von Steinen und Konservendbüchsen; Fensterscheiben wurden zertrümmert. Das ging so einige Abende weiter. Die Polizei nahm viele Verhaftungen vor, und es gab so schwer Verletzte, daß sie vom Plage getragen werden mußten. Endlich verstand sich die Firma zu Vergleichsverhandlungen; damit waren die Tumulte zu Ende. Proletarier mußten ihre Knochen zu Marke tragen, weil sie sich die Niederträchtigkeit durch den Unternehmer und die hohe Obrigkeit nicht demütig gefallen lassen wollten! #

Genossenschaftliche Rundschau.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion in Hamburg, eine Genossenschaft der organisierten Arbeiter Hamburgs, hat auch im Krisenjahr 1909 gute Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 35 098 auf 41 875 und der Umsatz von reichlich 8 Millionen auf beinahe 10 1/2 Millionen Mark. Der erzielte Reingewinn betrug im Berichtsjahr 594 815 Mark gegen 390 594 Mark im Jahre 1908. Die Zahl der Genossenschaftsäden wuchs von 71 am Anfang auf 76 am Schlusse des Geschäftsjahres. Davon waren 60 allgemeine Verkaufsstellen, 12 Schlächtereien, 3 Brot- und 1 Grünwarenläden. Bekanntlich betreibt die Produktion eine große Bäckerei und eine vorzüglich gehende Schlächtereie. Die Bäckerei hatte im Berichtsjahr einen Umsatz von 1 330 099 Mark; es wurden in ihr 16 640 Sack Weizen- und 18 449 Sack Roggenmehl verbacken. Außer Schwarz- und Weißbrot werden

auch Konditorwaren hergestellt. Die Schlächtereie setzte sogar für 2 664 149 Mark Waren um. Sie verarbeitete 12 087 Schweine, 903 Ochsen und 498 Kälber eigener Schlachtung, dazu noch für fast eine halbe Million zugekauftes Fleisch, Därme usw. Die Genossenschaft betreibt eine Tischlereie, eine Klempnerei und Schlosserei und hat im vergangenen Jahre eine eigene Anlage für Herstellung von Mineralwässern und anderen alkoholfreien Getränken errichtet. Die Schlächtereie erfuhr eine Erweiterung; ferner wurde ein großes Stall-, Automobil- und Werkstellengebäude sowie ein neues Wohngebäude errichtet, und auf dem Zentralgrundstück der Genossenschaft der Bau eines neuen, sieben Stockwerke hohen Speichers begonnen. Die Produktion besitzt nunmehr 16 Grundstücke mit 36 Gebäuden, zum größten Teil Wohngebäuden, deren Wohnungen an die Mitglieder zu erheblich billigeren als den sonst in Hamburg üblichen Preisen vermietet sind. Alles in allem beschäftigt die Hamburger Genossenschaft ein Personal von 766 Köpfen, davon 51 in der Verwaltung, 211 in der Warenproduktion, 424 in der Warenverteilung und 80 für die Reinigung der Läden usw. Der Notfonds der Genossenschaft, der durch Auffammlung der Rückvergütung jedes Mitglieds bis zur Höhe von 100 Mark gebildet wird, hatte Ende 1909 die Gesamthöhe von 514 178 Mark bei 15 456 beteiligten Mitgliedern erreicht. Das letzte Jahr brachte eine starke Inanspruchnahme des Notfonds: während 1908 nur 4868 Mitglieder insgesamt 112 704 Mark erhoben, entnahmen im letzten Jahre 6642 Mitglieder insgesamt 176 943 Mark. Besonders beachtenswert ist die Tatsache, daß in der Zeit der großen Bauarbeiteraussperrung vom 5. Juli bis 21. August rund doppelt so viel Notfondsummen und etwa anderthalb so viel Spargelder — insgesamt 222 288 Mark mehr — zurückgezahlt wurden wie in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Von Leipzig wurde vor kurzem ein starkes Stück Terrorismus gegen Konsumvereinsmitglieder berichtet, die vom Staat angestellt sind. Ein Beamter der in Leipzig einmündenden preußischen Linien, die dem Eisenbahndirektionsbezirk Halle unterstehen, fühlt sich berufen, Unterbeamte und Arbeiter zu zwingen, aus dem Konsumverein auszutreten. Seit Anfang April ist ein Zirkular im Umlauf, in dem die Angestellten aufgefordert werden, sofern sie oder ihre Ehefrauen oder Familienangehörigen Mitglied eines Konsumvereins sind, dort ihren Austritt zu erklären, da widrigenfalls ihre Entlassung erfolgen soll. Unter dem wirtschaftlichen Zwange erklären nun begreiflicherweise diese Leute ihren Austritt aus dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz, denn dieser kommt hierbei fast ausschließlich in Betracht. Offenbar ist der übereifrige Beamte von konsumvereinsfeindlichen Mittelständlern aufgehetzt worden. Sein Vorgehen paßt schlecht zu der Erklärung, die der preußische Eisenbahnminister gelegentlich eines analogen Verlangens im preußischen Landtag abgegeben hat. Der Minister erklärte wörtlich: „Was die Betätigung der Beamtenschaft in den Konsumvereinen betrifft, so muß ich mich grundsätzlich auf den Standpunkt stellen, daß wir die Freiheit der Bewegung unserer Beamten auf diesem Gebiet nicht einschränken dürfen. Auf der anderen Seite stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Beamte seine Kräfte für die Leitung eines Konsumvereins nur dann hergeben darf, wenn ein wirkliches Bedürfnis zur Begründung solcher Veranstaltungen vorliegt, ferner daß die mir unterstehenden staatlichen Verwaltungen die Konsumvereine nicht etwa durch unentgeltliche Vergabe von Räumen oder Lagerplätzen begünstigen. Darüber hinauszuweisen, habe ich Bedenken.“ Hoffentlich sorgt der Minister dafür, daß auch nach diesem Grundsatz gehandelt wird!

Nachdem die Hamburger Tabakarbeitergenossenschaft von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in eigene Regie übernommen worden ist, wurde ein neuer Tarifvertrag mit den in der Genossenschaft beschäftigten Arbeitern abgeschlossen, der für drei Jahre Gültigkeit besitzt. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 1/2 Stunden. Die Allfordlöhne pro Wille sind um 20 Pf. bis 2,25 Mark erhöht mit Anerkennung eines Minimallohnes von 8,30 Mark für die Fabriken Frankenberg und Hockenheim und 12 Mark für die in Hamburg. Über 18 Jahre alte Hilfsarbeiter erhalten in den Betrieben Frankenberg und Hockenheim Wochenlöhne von 18 bis 23 Mark und Stundenlöhne für Überstunden von 50 Pf., in Hamburg Wochenlöhne von 22 bis 26 Mark und Stundenlöhne für Überstunden von 70 Pf. Die Löhne der Juristinnen im Hamburger Betrieb betragen nunmehr 12 bis 15,50 Mark pro Woche. Von der Großeinkaufsgesellschaft werden die Beträge für Alters- und Invalidenversicherung ganz gezahlt. Außerdem wurde die Einrichtung getroffen, daß alle Arbeiter, die länger als zwei Jahre in diesen Genossenschaftsfabriken arbeiten, unter Zahlung ihres im Vorjahr durchschnittlich verdienten Wochenlohnes in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September eine Woche Sommer-

ferien erhalten. Die Bestimmungen dieses Tarifs bedeuten für die Arbeiter eine erhebliche Besserstellung, verglichen mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen in privaten Betrieben.

Die große Gartenstadt-Baugenossenschaft in Nürnberg, die ihr 600 000 Quadratmeter großes Terrain mit Einfamilienhäusern bebaut, projiziert die Zentralheizung. Unabhängige Autoritäten auf dem Gebiet der Heiztechnik sind mit der Ausarbeitung des Projektes betraut, dessen Verwirklichung sehr wahrscheinlich ist. Das ist der erste Versuch mit der Zentralheizung für eine große Kleinwohnungsanlage auf genossenschaftlicher Grundlage. Als System ist die Warmwasserheizung mit motorischem Umtrieb gewählt.

Die bayerischen Bauerngenossenschaften haben durch Verzicht auf Dividendenabzählung unter Leitung des Dr. Heim bekanntlich die Bauernuniversität in Regensburg schaffen können, in der alljährlich hundert Bauernsöhne aus allen Gauen Bayerns fünf Monate hindurch in allen Fächern des praktischen Wissens unentgeltlich unterrichtet werden. Nun sind auf Kosten der Rücklagen der von den Genossenschaftlern nicht erhobenen Dividende noch weitere Wohlfahrtsrichtungen für die Angehörigen der Bauerngenossenschaften errichtet worden: Wanderloch- und Haushaltungsschulen für Bauerntöchter und junge Bäuerinnen.

Dem deutschen Reichstag ist vor einiger Zeit eine Denkschrift zugegangen mit dem Titel „Übersicht über die Verwendung des Fonds zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches sowie über die Verhältnisse der vom Reich unterstützten gemeinnützigen Bauunternehmungen“. Nach dieser Denkschrift sind in den Jahren 1901 bis 1908 insgesamt 33 Millionen Mark für den genannten Zweck im Etat bereitgestellt worden. Davon waren bis zum 1. Januar 1909 24 620 750 Mk. als Hypothekendarlehen an gemeinnützige Unternehmungen gewährt, worunter sich 42 Beamtengenossenschaften befinden. Von diesen gemeinnützigen Unternehmungen wurden 1619 Wohngebäude mit 7856 Wohnungen errichtet. Im Bau begriffen sind 164 Häuser mit 917 Wohnungen. 5 474 246 Mk. wurden zum Erwerb von Baugelände verwendet, welches an Baugenossenschaften im Erbbaurecht vergeben wurde, sowie zur Herstellung von Straßen- und Entwässerungsanlagen. Es wurden insgesamt an zwölf Orten 2 105 564 Hektar Land erworben, wovon 556 408 Hektar im Erbbaurecht vergeben wurden. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 1,93 Mk. pro Quadratmeter. Die vom Reich unterstützten Baugenossenschaften haben für Grund und Boden sowie für Herstellungskosten der Häuser zusammen 114 854 030 Mk. aufgewendet, wobei auf den Berliner Beamtenwohnungsverein allein über 25 Millionen Mark entfallen. Außer von Beamten gebildeten Wohnungsgenossenschaften wurden auch verschiedene andere eines Darlehens aus Reichsmitteln teilhaftig. — Auch die württembergische Regierung sieht sich veranlaßt, den Baugenossenschaften ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Sie hat kürzlich dem Landtag einen Gesetzentwurf über Gewährung von Darlehen an Beamtenbaugenossenschaften und Übernahme von Bürgschaft für Darlehen zugehen lassen. Hiernach ist die Regierung bereit, den Baugenossenschaften 3 500 000 Mk. gegen eine Verzinsung von 3½ Prozent als Darlehen zu gewähren und für den gleichen Betrag Bürgschaft zu übernehmen.

Anfang Mai tagte in Wien der Genossenschaftstag des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine, auf dem, wie üblich, die sozialdemokratische Partei Österreichs offiziell vertreten war. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Renner über landwirtschaftliche Genossenschaften und Konsumvereine. Er bedachte durch reiches Tatsachenmaterial besonders die Protektionswirtschaft des Staates gegenüber bürgerlichen Genossenschaften auf, und stellte dieser Begünstigung die ungerechte Behandlung der Konsumvereine gegenüber. Der Referent kam zu dem Schlusse, daß die Konsumvereine diese Gönnerschaft nicht nur bekämpfen, sondern darauf hinarbeiten müssen, daß auch den Konsumvereinen ein gewisses Maß materieller Staatshilfe zuteil werde. Eine lange Resolution formuliert diesen Standpunkt. Wir haben uns bereits in der Genossenschaftlichen Rundschau in Nr. 15 zu dieser Frage geäußert. Die österreichischen Konsumvereine haben damit das Prinzip anerkannt, daß die Wirtschaftsgenossenschaften Staatshilfe beanspruchen können, eine Auffassung, die in der Konsumvereinsbewegung anderer Länder, besonders in Deutschland, bekämpft wird. Auffällig ist, daß das Referat Renners ohne Debatte entgegengenommen wurde. Der Wichtigkeit und Neuartigkeit der Sache entspricht diese Behandlung um so weniger, als im österreichischen Konsumvereinsorgan auch Widerspruch gegen den Rennerschen

Standpunkt erhoben worden war. Wenn betont wurde, daß die österreichischen Konsumvereine trotz alledem auch ferner an dem Prinzip der Selbsthilfe festhalten, so ist demgegenüber zu bemerken, daß es darauf nicht ankommt, weil sich dies von selbst versteht. Es handelt sich vielmehr um die Preisgabe des Prinzips, daß Staatshilfe überhaupt abzulehnen ist. Es dürfte schwer sein, den Kampf gegen die korrumpierenden Wirkungen der Staatshilfe — für die Renner anerkannte Beispiele gab — mit Nachdruck zu führen, wenn man selbst Staatshilfe in Anspruch nehmen will. Der Vorgang verdient die größte Beachtung der Konsumgenossenschaften der anderen Länder, besonders der deutschen. H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Ein Dienstbotensekretariat ist von dem Verband katholischer Dienstmädchenvereine in München errichtet worden. Der 1907 gegründeten katholischen Dienstmädchenzentralorganisation sind bereits 45 Vereine angegliedert, die ihren Sitz besonders in Süd- und Mitteldeutschland haben. Das Sekretariat soll Auskunft und Hilfe in allen Fragen erteilen, die von Wichtigkeit für das Dienstbotenverhältnis und für die Entwicklung der Dienstbotenvereine sind. Insbesondere hat es auch die Aufgabe, die Neugründung solcher Vereine und den Ausbau der bereits bestehenden zu unterstützen. Es soll sich in jeder Hinsicht zugunsten der Organisation und Agitation betätigen. Auch diese Gründung gehört zu den sozialreformerischen Taten, welche die moderne Arbeiterbewegung in den besitzenden Klassen auslöst. Es ist die Anerkennung des vorliegenden Bedürfnisses der Dienenden nach Rat und Hilfe, vor allem nach Zusammenschluß. Gleichzeitig soll sie aber der „sozialdemokratischen“ Dienstbotenbewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Diese ist meist katholischen Herrschaften sehr unbequem; sie macht die Dienenden „begehrlich“, selbstbewußt. Zenträmter und ihre Anhänger lassen es daher nicht an energischen Anstrengungen fehlen, um dem Verband für Hausangestellte entgegenzuwirken, der gewerkschaftlichen Charakter trägt. Sie verfolgen dabei das Ziel, das sogenannte patriarchalische Verhältnis zwischen Herrschaft und Dienstboten aufrechtzuerhalten. Dieses patriarchalische Verhältnis ist jedoch durch die gesellschaftliche Entwicklung schon längst zerstört und ist heute nur noch der Deckmantel schrankenloser Ausbeutungs- und Bevormundungsgewalt. Alle Bestrebungen, es wiederherzustellen, dienen im letzten Grunde — sie mögen es bezwecken oder nicht — den Interessen der Herrschaften. Wer für das Recht der Dienenden eintreten will, der muß bemüht sein, diese dem Verband der Hausangestellten zuzuführen. Es gilt, die Dienenden einheitlich zur Macht zusammenzufassen und nicht sie durch Sonderorganisationen zu teilen, die dadurch nicht besser werden, daß sie sich ein religiöses Mäntelchen umhängen. Den Genossinnen müssen Gründungen der Art immer wieder eindringlich sagen, wie groß ihre Pflicht ist, mit ganzer Hingebung für die Aufklärung, die Organisation der häuslichen Arbeiterinnen zu sorgen.

Von der Dienstbotenagitation in Dresden. Die Zahlstelle Dresden des Verbandes der Hausangestellten veranstaltete eine Versammlung, in der die Unterzeichnete sprach. Die Versammlung war wider Erwarten gut besucht. Das Interesse der Anwesenden an den Ausführungen des Referats war ein sehr reges. Zwei Dienstmädchen beteiligten sich an der Debatte. Sie schilderten in schlichten Worten das Leid und die Gefahren, die auch der Beruf der Hausangestellten mit sich bringt. 14 Neuaufnahmen in die Organisation waren der Erfolg, den die Organisation zu verzeichnen hatte. Da die Genossinnen, welche mit ihrer Leitung betraut sind, ihre ganze Kraft der Sache der Hausangestellten widmen, so werden sicher weitere Fortschritte nicht ausbleiben. Marie Wackwitz.

Gesundheitliche Gefahren gewerblicher Frauenarbeit.

Zur Beleuchtung der Gesundheitsverhältnisse der Handelsgehilfinnen enthält der Jahresbericht für 1909 der Ortskrankenkassen für Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin wie alljährlich interessante Tatsachen. Die aufgestellte Statistik verzeichnet wie im Vorjahr eine Zunahme der Krankheitsfälle bei den Frauen, ein Sinken bei den Männern. Auf die ermittelten Jahresdurchschnittsziffern entfielen mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle:

	1909	1908
Bei den männlichen Mitgliedern	40,07 Prozent	40,87 Prozent
„ „ weiblichen	43,50	42,66

werde und fand für die Ausdehnung der Rechte der reichen Bodeneigentümerinnen sehr viele und warme Worte. Um so kürzer und unentschlossener aber war er bei der Vertretung der Forderung auf Einführung des kommunalen Stimmrechts für die Frauen. Zwar siehe die Fortschrittliche Volkspartei, so führte er aus, den berechtigten Ansprüchen der Frauen sehr wohlwollend gegenüber, doch sei die Frage der Zuerkennung des kommunalen Wahlrechts an das weibliche Geschlecht noch zu wenig geklärt. Daher beantrage seine Partei, diese Forderung der Regierung als Material zur ferneren Beratung zu überweisen. Mit anderen Worten — sie zu begraben! Den Gegensatz zwischen uns und dem Freisinn in bezug auf die politischen Rechte der Frauen brachte Genosse Leinert mit erschütterlicher Schärfe zum Ausdruck. Er verlangte grundsätzlich eine vollständige Änderung der Landgemeindeform, die, noch weit schlimmer wie in den Städten, nur auf eine Bevorrechtigung der Besitzenden hinauslaufe. Angesichts dieses ihres Wesens stimme unsere Partei auch gegen die Petition des „Schlesischen Vereins für Frauenstimmrecht“, die nichts weiter bezwecke, als die bereits vorhandene Privilegierung der Wohlhabenden noch weiter zu befestigen. Anders lägen die Dinge bei der Verleihung des kommunalen Stimmrechts an die Frauen. Die Petition, welche diese Forderung erhebt, möchte die sozialdemokratische Partei der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen haben. Schließlich zeigte sich die Mehrheit des Abgeordnetenhauses liberaler wie die Fortschrittliche Volkspartei und stimmte für Überweisung beider Petitionen zur Berücksichtigung. Die hoffnungseligen liberalen Frauenrechtlerinnen hatten wieder einmal Gelegenheit, zu erkennen, wie es mit dem Eintreten ihrer Partei, dem geeinigten Freisinn, für die Gleichberechtigung der Frauen in Wirklichkeit bestellt ist. m. w.

Die Einführung des allgemeinen kommunalen Frauenwahlrechts in Norwegen ist durch die gefeßgebenden Gewalten nun endgültig beschlossen worden. Der Lagthing hat den Beschluß des Odelsthings einstimmig angenommen, über den wir schon kürzlich berichteten. Wie schon im Odelsthing, suchte der Staatsrat Arctander auch im Lagthing durch Herausbeschwören des sozialistischen Gespenstes die Demokratisierung des Wahlrechts zu verhindern. Die bürgerliche Gesellschaft müsse alles aufbieten zur Abwehr der Sozialistenherrschaft, die nach der Meinung des Herrn Staatsrats die Folge der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts sein müsse. Seine Warnungsrufe verhallten jedoch ungehört. Die königliche Bestätigung des Gesetzes ist nur eine reine Formsache.

Keine Verböberung des kommunalen Frauenwahlrechts in Schweden. Die Erste Kammer des schwedischen Reichstags hatte einen Antrag angenommen, der den Ehefrauen mit weniger als 100 Kronen eigenem Einkommen das Gemeindeführerrecht rauben sollte. Bei der gemeinsamen Abstimmung beider Kammern des Reichstags ist der reaktionäre Vorstoß mit 104 gegen 91 Stimmen abgewehrt worden. Trotz aller Anstrengungen der Reaktion ist somit einem großen Teil Proletarierfrauen das Wahlrecht gesichert.

Weibliche Kandidaturen bei den letzten Wahlen in Frankreich. Die volle Gleichberechtigung der Frauen innerhalb der sozialistischen Partei hat bei den letzten Wahlen in Frankreich einen neuen Ausdruck gefunden, der manchem Spießbürgergemüt Schrecken einjagen dürfte. Zum erstenmal wurden von der sozialistischen Partei, allerdings nicht ohne Widerstreben im eigenen Lager, weibliche Kandidaten aufgestellt. Für Genossin Renard, Kandidatin im Departement Isere, wurden 2000 Stimmen abgegeben, die Genossinnen Kaufmann und Dr. Pelletier erhielten einige Hundert. Das französische Gesetz anerkennt keine weiblichen Kandidaten, trotzdem hatten die Behörden jedoch ohne weiteres den Bewerberinnen um ein Mandat wie üblich die Schulsäle zu ihren Wahlversammlungen zur Verfügung gestellt. Dagegen wurden in manchen Fällen die für die Frauen abgegebenen Stimmen nicht gezählt, beziehungsweise als weiße Stimmzettel behandelt. Verschiedene bürgerliche Frauenrechtlerinnen hatten ihre eigene Kandidatur aufgestellt, darunter Frau Durand, die bekannte Gründerin und Herausgeberin der „Fronde“, des eingegangenen Pariser Blattes, das ausschließlich von Frauen hergestellt wurde. Da die kandidierenden Frauenrechtlerinnen jeden Zusammenhalt mit irgend einer Partei und untereinander entbehrten, so hatten sie fast keinen Erfolg. Frau Durand gedachte, die Ungerechtigkeit und Unlogik der französischen Gesetzgebung, die die Frauen mit Idioten auf eine Stufe stellt, recht drastisch vor Augen zu führen. Sie hatte daher einen Idioten als ihren Kandidaten aufgestellt. Da der Mann nicht entmündigt war, wurde seine Kandidatur als „legal“ angenommen. Eine andere Frauenrechtlerin deckte ihre Kandidatur durch einen völlig unbedeutenden Wähler und ließ Stimmzettel folgenden Inhalts verteilen: „Joseph Wilhelm, Kandidat des Programms der Frau Maguerie.“

Die Wählerversammlungen der Frauenrechtlerinnen in Paris verliefen zum Teil sehr stürmisch und gaben einer radaulustigen Jugend Anlaß zu allerhand oft recht plumpen und geistlosen Alotria.

Stellungnahme der Sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten zum Frauenwahlrecht. Der letzte Jahreskongreß der genannten Partei, der Mitte Mai in Chicago getagt hat, brachte eine Klärung der grundsätzlichen Stellung zum Frauenstimmrecht, drängte aber auch gleichzeitig zu kräftigem praktischen Eintreten dafür. Genossin Simons hatte dem Kongreß eine Resolution vorgelegt, die sich indirekt mit der Stellung der sozialistischen Frauenbewegung zur bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung befaßte, indem sie den Klassenkampfcharakter der ersteren auch im Dingen um die politische Gleichberechtigung betont wissen wollte. Diese Auffassung wurde von Genossin Makiel-New York bekämpft. Sie forderte die Unterstützung einer allgemeinen, parteilosen Frauenstimmrechtsbewegung, da eine solche sich außerhalb der Parteien politisch neutral halte und die Interessen aller Frauen wahre. Dieser frauenrechtlerisch angekränkelte Standpunkt wurde von den Genossinnen Lewis, Maynard und Cory wie den Genossen Merrick und Morgan zurückgewiesen. Der Kongreß stellte sich in der Frauenstimmrechtsfrage auf den Boden des Klassenkampfes. Er nahm folgenden Antrag an: „Da die politische Entrechtung der Frau ihre wirtschaftliche Abhängigkeit verstärkt und fühlbar macht, ersuchen wir die Partei aufs dringendste, für das Frauenstimmrecht eine größere Aktivität als bisher zu entfalten, und zwar soll das Eintreten dafür unter der Kontrolle der Sozialistischen Partei und entsprechend ihrem Programm geschehen.“ Der Beschluß ist in jeder Hinsicht zu begrüßen und wird sicherlich zur Klärung und Stärkung der sozialistischen Frauenbewegung der Vereinigten Staaten und ihres Kampfes für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts beitragen.

Verschiedenes.

Einfluß der Wirtschaftsverhältnisse auf die Bevölkerungsbelegung. In Westfalen übersteigt die Zahl der männlichen Bevölkerung die der weiblichen, während in Deutschland im allgemeinen das Gegenteil der Fall ist. Das ziffernmäßige Übergewicht der männlichen Bevölkerung tritt am meisten im Regierungsbezirk Arnberg zutage, wo diese mit einem Überschub von 109731 Personen 73 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. In diesen auffallend abnormen Zahlen kommt die große Zuwanderung von Arbeitern zum Ausdruck, wie auch die erbärmliche Lage, welche die kapitalistische Ausbeutung ihnen schafft. Durch die niedrigen Löhne werden die zuwandernden Männer gezwungen, ledig zu bleiben, weil sie einen Hausstand nicht erhalten können. So steht dem Strome männlicher Einwanderer kein Zug von Frauen ausgleichend zur Seite. Innerhalb der letzten 35 Jahre hat sich Westfalen zu einem der bedeutendsten Industriezentren des Deutschen Reiches entwickelt. Die Einwohnerzahl nahm während dieser Zeit um 105 Prozent zu, während in den ebenfalls industriell entwickelten Provinzen Brandenburg, Sachsen und in den Rheinlanden nur ein 75prozentiges Steigen stattfand. Das Wachstum der jungen westfälischen Großstädte ist enorm, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz noch nicht beendet ist. Die Zunahme der industriellen Bevölkerung geht Hand in Hand mit Rückgang und Degeneration der ländlichen Schichten. Die letztere Erscheinung tritt so scharf zutage, daß sie die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gelenkt hat. Der Oberpräsident der Provinz ließ an die Ärztekammer ein Preisausschreiben gelangen. Es soll festgestellt werden, ob die über große Abfuhr von Milch an die Molkereien einen solchen Mangel daran erzeugt hat, daß eine Herabsetzung der körperlichen Entwicklung der Landbevölkerung beobachtet worden ist. Ferner ist zu untersuchen, ob das Stillen der Mütter zurückgeht. Es handelt sich also um den Nachweis von Vorgängen, die schon in anderen Teilen Deutschlands beziehungsweise der Schweiz beobachtet worden sind. Die kapitalistische Produktion mit ihrer Geldwirtschaft richtet den kleinbäuerlichen Betrieb mit seiner Naturalwirtschaft zugrunde. Um Geld zum Bezahlen der Steuern usw. ins Haus zu bringen, sieht sich der Bauer gezwungen, einen immer größeren Teil seiner Erzeugnisse auf den Markt zu führen. Dadurch wird die Ernährung verschlechtert. Die Folge davon ist ein Steigen der Kränklichkeit und der körperlichen Entartung der kleinbäuerlichen Bevölkerung, andererseits aber ihre wachsende Auswanderung. B. K.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Petin (Zunel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.